

CampusGrün löst sich auf.

*Kritik, Reflexionen und offene Fragen aus
sechs Jahren Hochschulpolitik an der Uni Hamburg*

Inhalt

1.	Einleitung: CampusGrün löst sich auf	3
1.1.	Aufbau unserer Auflösungsreflexion.....	3
2.	Hintergrundinformationen	4
2.1.	What is to be known? (Begriffserklärungen)	4
2.1.1.	Rosa Luxemburg - Revisionismusstreit und "Massenstreik"	4
2.1.2.	Antonio Gramsci - Kulturelle Hegemonie	4
2.1.3.	Johannes Agnoli - Transformation der Demokratie	4
2.1.4.	Situationistische Internationale - Über das Elend im Studierendenmilieu	5
2.1.5.	Guy Debord – Die Gesellschaft des Spektakels.....	5
2.1.6.	Mark Fisher - Capitalist Realism	5
2.1.7.	Nancy Fraser – Grenzkämpfe	6
2.1.8.	Bini Adamczak – Solidarische Beziehungsweisen	6
2.2.	The good, the bad and the ugly (Akteur*innen an der Uni Hamburg).....	7
3.	Empirie.....	9
3.1.	AStA-Zeit	9
3.2.	Überwindung der AStA-Vergangenheit.....	11
3.2.1.	Abgrenzung zum BAE	11
3.2.2.	Hinwendung zur Bewegung.....	14
3.3.	Außerparlamentarische Opposition (APO)	16
3.4.	Corona / HoPo-Rückzug	18
4.	Auswertung(en).....	19
4.1.	Berechtigte und ideologische BAE-Kritik	19
4.2.	Das studentische Milieu im Spätkapitalismus.....	23
4.3.	Warum Angestelltenklasse?	28
4.4.	Zur Bedeutung der Struktur und des Namens CampusGrün für unsere Praxis.....	30
4.5.	Ein besserer Name als Garant für eine schlechtere Praxis?	31
4.6.	Das HoPo-Spektakel.....	32

1. Einleitung: CampusGrün löst sich auf

Nach 15 Jahren insgesamt und 6 Jahren in der jetzigen Konstellation löst sich CampusGrün Hamburg auf. Die Auflösung ist das Zwischenergebnis eines etwa einjährigen Reflexionsprozesses. Wir waren schon lange der Auffassung, dass mit der Fiktion, mensch könnte dauerhaften gesellschaftlichen Fortschritt innerhalb des "Spektakels" (Debord) erreichen, gebrochen werden muss. Als Spektakel bezeichnen wir die Tendenz, dass im fortgeschrittenen Kapitalismus mediale Inszenierung und Konsum von politischen Scheinkonflikten das Bedürfnis nach relevanten Kämpfen ersetzt.

Einige Jahre erschien uns dieser Ansatz mit unserer Arbeit als CampusGrün vereinbar, da unsere Tradierung innerhalb der Hochschulpolitik und der grünen Partei einige organisatorische Vorteile brachte, die den Nachteil, in unserer revolutionären Praxis mit diesen Akteur*innen verbunden zu werden, überwog. Inzwischen hat sich diese Einschätzung gedreht, insbesondere weil sowohl grüne Partei als auch Universität und Hochschulpolitik sich noch weiter in Richtung eines autoritären Technokratentums mit liberaler Rhetorik entwickelt haben. Aber auch weil wir zu der Auffassung gelangt sind, dass uns der einhegende Sog des Spektakels auch dann nicht verschont, wenn wir um seine Existenz wissen.

Aus diesem Grund löst sich CampusGrün Hamburg zum 31.12.2022 auf.

Den damit verbundenen Reflexionsprozess wollen wir mit Mitstreiter*innen und sonstigen Interessierten teilen. Wir hoffen, dass unsere theoretischen und praktischen Erfahrungen in den Niederungen Hamburger Hochschulpolitik Euch dazu inspirieren, keine falschen Hoffnungen in linksliberale Selbstdarsteller*innen, die sich als Stellvertreter*in für die Interessen der Bevölkerung inszenieren, zu setzen. Unabhängig davon, ob diese im Grünen, AStA-, postautonomen oder moralavantgardistischen Gewand daherkommen. Stattdessen würden wir uns freuen, (weiterhin) gemeinsam mit Euch kämpfen zu können, ab jetzt vielleicht in Strukturen, die geeigneter dafür sind als es dieses "CampusGrün" war.

1.1. Aufbau unserer Auflösungsreflexion

Mit diesem Papier wollen wir unsere Erfahrungen aus 6 Jahren Hochschulpolitik (HoPo) sowie die Schlussfolgerungen, die wir daraus gezogen haben, teilen. Nach dem Einleitungsteil findet ihr zunächst unsere theoretischen Annahmen anhand einiger Begriffsklärungen, darauf folgt eine Vorstellung der sonstigen HoPo-Akteur*innen.

Für den Hauptteil haben wir die campusgrüne Entwicklung in verschiedene Phasen unterteilt. Innerhalb dieser berichten wir von unserer politischen Praxis in dieser Phase, zu unseren Überzeugungen, mit denen wir in diesen Phasen operiert haben und zu den Erkenntnissen, die wir dabei erlangt haben. Zunächst wird dabei die gesamte Phase querschnittartig dargestellt, danach ausführlicher eine Auseinandersetzung, die wir für exemplarisch für die jeweilige Phase halten. Statt eines gemeinsamen Fazits beschreiben wir zum Schluss verschiedene Einsichten, offene Fragen und neue Projekte, mit denen wir das Ende von CG verbinden.

2. Hintergrundinformationen

Hier findet ihr zunächst unsere theoretischen Annahmen anhand einiger Begriffsklärungen, darauf folgt eine Vorstellung der sonstigen HoPo-Akteur*innen.

2.1. What is to be known? (Begriffserklärungen)

2.1.1. Rosa Luxemburg - Revisionismustreit und "Massenstreik"

Die in Polen geborene, junge Frau avancierte in den 1890er Jahren zur Wortführerin der Parteilinken in der deutschen Sozialdemokratie, indem sie mit Präzision und Polemik den Kurs der Parteirechten, sich in die bürgerliche Demokratie zu integrieren und den Kapitalismus wegzureformieren, kritisierte. Ihr Gegenentwurf sah eine „revolutionäre Realpolitik“ vor, bei der die Sozialdemokratie die bürgerliche Regierung vor sich hertreibt, aber nicht ihr Teil werden sollte. Dies könne sie nur „auf den Trümmern des bürgerlichen Staates“, vorher würde die Integration die sozialdemokratischen Funktionäre korrumpieren und das Vertrauen des Proletariats in diese Avantgarde untergraben. Reform und Revolution seien kein Gegensatz, solange der Kampf für Reformen in inhaltlicher Zielsetzung und Struktur revolutionär geführt werde.

In „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ versucht sie, den Gegensatz zwischen dem anarchistischen Vertrauen in die Spontaneität der Massen und dem sozialistischen Avantgardismus dialektisch aufzulösen, indem sie Klassenbewusstsein und Selbstorganisation als sich gegenseitig hervorbringend beschreibt und diese Selbstverstärkungstendenzen zu plötzlichen Konjunkturen wie der Ersten Russischen Revolution 1905 führen können.

2.1.2. Antonio Gramsci - Kulturelle Hegemonie

Der Marxist Antonio Gramsci war Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens, saß während des Mussolini-Faschismus sieben Jahre in Festungshaft und starb sechs Tage nach seiner Entlassung an den Folgen seiner Haft. Während seiner Haftzeit entwickelt er die Hegemonie-Theorie in seinen Gefängnisheften: Hegemonie, also "Konsens, gepanzert mit Zwang", beschreibt das dynamische gesellschaftliche Kräfteverhältnis verschiedener Klassen, in der bestimmte Interessen, Positionen oder Kräfte hegemonial, also führend sein können und anderer unterlegen sind. Ob ein bestimmtes Ziel hegemonial werden kann, hängt u.a. davon ab, wie sich verschiedene zivilgesellschaftliche Akteur*innen dazu positionieren. Die Positionierung findet aber ebenfalls nicht im luftleeren Raum statt: Gesellschaftliche Gruppen bilden ihre eigenen organischen Intellektuellen aus, die um die Kräfteverhältnisse ringen. Je nach Kräfteverhältnis kann es bei dem Ringen um Hegemonie um Stellungskriege (Regelfall), also langsame Verschiebungen von Hegemonie, oder um plötzliche starke Verschiebungen (Bewegungskriege) wie z.B. im Falle der Oktober-Revolution 1917 handeln.

2.1.3. Johannes Agnoli - Transformation der Demokratie

Die Schrift des deutschen Politikwissenschaftlers Johannes Agnoli erschien das erste Mal 1967 und beschreibt die antidemokratische Involution (Rückbau) parlamentarischer Demokratien als ihnen inhärente Eigenschaft. Sie steht damit der bis dahin in der gewerkschaftlichen deutschen Linken hegemonialen Einschätzung, das antifaschistische Grundgesetz gäbe keine kapitalistische

Staatsform vor, u.a. von Wolfgang Abendroth vorgetragen, diametral gegenüber: Die deutsche Verfassung ermöglicht genau eine solche kapitalistische Staatsform, die dem Kapital dienlich ist. Die Vielfalt an Parteien, kann nur in einem bestimmten Rahmen stattfinden. Alle Akteur*innen in den Institutionen parlamentarischer Demokratien sind bestimmten Mechanismen unterworfen durch die sie zum Erhalt und der Stabilisierung des Staates beitragen. Letztlich tendiert die sich involutierende parlamentarische Demokratie zu einer Schein-Demokratie, in der austauschbare Parteien zur Aufrechterhaltung einer ökonomischen Oligarchie beitragen. Die Schrift steht damit auch diametral gegen den "Marsch durch die Institutionen" und wurde zur "Bibel" der außerparlamentarischen Opposition in den späten 60er und 70er Jahren in der BRD.

2.1.4. Situationistische Internationale - Über das Elend im Studierendenmilieu

Die Situationistische Internationale (SI) war eine avantgardistische Politgruppe von Künstler*innen, die in Paris gegründet wurde und von 1957 bis 1972 tätig war. Die durch Guy Debord mehr oder weniger stalinistisch geführte Gruppe kann so organisatorisch zwar kein Vorbild sein, brachte aber in ihrer Hochzeit zahlreiche bis heute aktuelle und wichtige Schriften raus. Wir beziehen uns insbesondere auf ihr Pamphlet "Über das Elend im Studentenmilieu betrachtet unter seinen ökonomischen, politischen, sexuellen und besonders intellektuellen Aspekten und über einige Mittel, diesem abzuhelpfen", das 1966 erscheint, als Flugblatt zunächst an der Uni Strasbourg verteilt wird und als ein zentraler Katalysator für die studentischen Aufstände 1967/68 gilt. Zentrale These der spöttischen aber scharfen Analyse des studentischen Milieus: Die Studierenden als soziale Gruppe sind gar nicht die Avantgarde, für die sie sich selbst halten, ganz im Gegenteil: "Der Student ist neben dem Polizisten und dem Priester das am weitesten verachtete Wesen." Seine besondere Stufe der Entfremdung wird darin deutlich, dass der die eigene Prekarität als Stufe seines späteren Aufstiegs lebt und als Bohème sogar feiert.

2.1.5. Guy Debord – Die Gesellschaft des Spektakels

Theoretisches Hauptwerk des SI-Kaders und Regisseurs, Philosophen und Filmtheoretikers Guy Debord. Der Text, der als Thesensammlung geschrieben wurde, erschien 1967 zur Hochzeit des "Klassenkampfkompromiss"-Kapitalismus der 60er Jahre. In Anlehnung an das Kommunistische Manifest schreibt er: „Das ganze Leben der Gesellschaften, in welchen die modernen Produktionsbedingungen herrschen, erscheint als eine ungeheure Ansammlung von Spektakeln. Alles, was unmittelbar erlebt wurde, ist in eine Vorstellung entwichen.“ Angestrebt wird die Verwirklichung von Klischees, der fortwährende Konsum steht im Mittelpunkt. „Im Spektakel [...] ist das Endziel nichts, die Entwicklung alles. Das Spektakel will es zu nichts anderem bringen als zu sich selbst.“

2.1.6. Mark Fisher - Capitalist Realism

Mit Capitalist Realism beschreibt Mark Fisher "das weitverbreitete Gefühl, dass der Kapitalismus nicht nur das einzig gültige politische und ökonomische System darstellt, sondern dass es mittlerweile fast unmöglich geworden ist, sich eine kohärente Alternative dazu überhaupt vorzustellen". Laut Fisher spiegelt sich dieses Gefühl auch in Form offener oder verschleierte

Hoffnungslosigkeit unter Linken wieder: Entweder politische Praxis wird gänzlich als nutzlos abgelehnt, oder sie zielt nicht mehr "wirklich" auf die Überwindung des Kapitalismus und dem Errichten einer utopischen Alternative ab, sondern hat sich insgeheim (oder auch ganz offen) mit den bestehenden Verhältnissen abgefunden und funktioniert auch nach deren Maßgaben. Der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie folgend tritt die Inszenierung von Praxis an Stelle der Praxis selbst und wird somit zu einer Scheinopposition, ganz ähnlich der Analyse der SI zur "Gesellschaft des Spektakels". Im gleichnamigen Buch beschreibt er die Bedeutung dieses Gefühls für die Kulturproduktion, die individuelle Psyche sowie Formen, Strukturen und Institutionalisierungen des gegenwärtigen Klassenkampfes. Seine Analyse des Status Quo ist zuweilen deprimierend, birgt aber einige Ansatzpunkte für eine Kritik etablierter linker Praxisformen und die Suche nach neuen.

2.1.7. Nancy Fraser – Grenzkämpfe

Die US-amerikanische Philosophin Nancy Fraser beschreibt in ihrem Gespräch über kritische Theorie mit der deutschen Philosophin Rahel Jaeggi unter dem Titel "Kapitalismus" einen Ansatz zum Verständnis desselbigen, der das typische Haupt-/Nebenwiderspruchsdenken der Linken verlässt. Laut ihrer Theorie ist die ökonomische Dimension nur der Vordergrund auf dem die kapitalistische Produktion beruht. Die ständige Ausweitung der Akkumulation kann nur durch Hintergrundbedingungen ermöglicht werden. So muss der Kapitalismus ein rassifizierendes Akkumulationsregime beinhalten, weil dieser auf einer ständigen Ausweitung seiner Produktions- und Einflussphäre beruht und hierfür ständig Land enteignen muss - insbesondere im globalen Süden. Andere zentrale Bedingungen sind die nicht-menschliche Natur und Care- und Reproduktionsarbeit als kostenfreie Produktionsmittel. In allen diesen Bedingungen verstrickt sich die kapitalistische Produktion allerdings in Widersprüche, z.B. in Form der neoliberalen Versprechungen von nachhaltigem Wachstum und Karriere-Feminismus. An diesen Widersprüchen zwischen den kapitalistischen Versprechungen und den realen Beziehungen zu seinen Bedingungen entfachen sich soziale Kämpfe, die Fraser als "Grenzkämpfe" definiert. Grenzkämpfe haben unterschiedliche Ziele, bekämpfen unterschiedliche Probleme, aber stehen alleine durch ihre bloße Existenz in einem sich wechselseitig-unterstützenden Verhältnis zueinander, weil sie die Produktionsbedingungen von verschiedenen Seiten untergraben.

2.1.8. Bini Adamczak – Solidarische Beziehungsweisen

Bini Adamczak beschreibt in ihrem Werk "Beziehungsweise Revolution" solidarische Beziehungsweisen als Perspektive zur Überwindung der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse. Dabei stellen solidarische Beziehungsweisen laut Adamczak sowohl Mittel als auch Zweck revolutionärer Kämpfe dar: Mittel, weil massenhafte soziale Bewegung laut Adamczak v.a. durch spontane Solidarisierungen mit bereits stattfindenden Kämpfen entsteht und Solidarität unter den Kämpfenden notwendige Bedingung für das erfolgreiche Aufbauen von revolutionärer Macht ist; und Zweck, einmal langfristig, weil der Kommunismus die Verallgemeinerung dieser Beziehungsform auf gesellschaftlicher Ebene bedeutet, und kurzfristig, weil die solidarische Beziehungsweise auch bis dahin Trost, Hoffnung und Geborgenheit gegenüber den Zumutungen des realexistierenden Kapitalismus stiftet. Dabei entstehen diese neuen solidarischen Beziehungsweisen bei Adamczak natürlich nicht aus dem Nichts, sondern bilden sich vor allem im Rahmen

gemeinsamer Kämpfe. Somit müssen die Kämpfe gegen die bestehenden Verhältnisse eng vermittelt bleiben mit dem Entwerfen utopische Gegenentwürfe. Dies gelingt, "wenn die postrevolutionären Gesellschaft als Ensemble solidarischer Beziehungsweisen gefasst wird und die Revolution als das Knüpfen genau dieser Beziehungen." Konkret bedeutet dies, dass das Knüpfen und Pflegen neuer, solidarischer Beziehungsweisen stets Teil revolutionärer Praxis sein muss, diese Praxis auch dadurch erst ermöglicht wird und die neuen Beziehungen gleichzeitig die Grundlage für eine neue, bessere Gesellschaft darstellen.

2.2. The good, the bad and the ugly (Akteur*innen an der Uni Hamburg)

2.2.1. Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE)

Von Dutschke inspirierte, moralavantgardistische Gruppierung aus Liste LINKS, harte zeiten und SDS*, wobei die Integration SDS* erst während unserer HoPo-Zeit abgeschlossen war. Eine Kuriosität der Hamburger HoPo, die in 2 Sätzen nicht adäquat beschrieben werden kann. Ausführliche Beschreibung in 4.1.

2.2.2. Unicorns

2015 gegründetes Sammelbecken für Szenelinke - teilweise organisiert in stadtweiten Gruppen -, die direkten Zugriff auf den AStA haben wollten statt vom Wohlwollen anderer linker Gruppen abhängig zu sein. Früher relevante Fraktion in der jetzigen AStA-Koalition, spätestens seit 2019 aber vollständig Jusos/FFF untergeordnet. Hat tatsächliche Gruppenstrukturen wie etwa regelmäßiges Plenum, die hohe Fluktuation verhindert aber die Herausbildung eines eigenen politischen Programms, sodass die Gruppe stets im Status einer Vernetzungsstruktur verharrt. Meinungsbildung der Mitglieder findet hauptsächlich in den Linke-Szene-Orgas, in der diese sonst organisiert sind, statt. Tritt an der Uni inzwischen v.a. mit der inhaltlich oft guten Vortragsreihe "Schnöde neue Welt" in Erscheinung.

2.2.3. Jusos

Früher dezidiert konservative Sozialdemokraten, deren Rechtslastigkeit CG seine zwischenzeitliche Größe verdankt. Durch den Niedergang des Patronagenetzwerks von Johannes Kahrs und die formale Integration der zu dem Zeitpunkt eigentlich bereits zusammengebrochenen linken Jusostrukturen 2019 eine ganz normale Parteijugendstruktur, die als Drehtür für linksliberale Politiker*innenkarrieren fungiert.

2.2.4. RCDS

Formal die Unigruppe der CDU, real das Soloprojekt des langjährigen StuPa-Präsidenten, der den Sprung von der Karrierevorbereitung zur Karriere nie geschafft hat und seitdem erstere verstetigt hat. Da die Interessen der CDU-Parteijugend eh nur aus Bierkonsum mit anderen Reaktionären und dem Trolling von Linken besteht, sind formale und reale Funktion wunderbar kompatibel.

2.2.5. Fachschaftslisten

In einigen größeren Fachschaften treten Listen an, die im Wahlkampf auf Fakultätspatriotismus und die Minderwertigkeitskomplexe der Außenstandorte setzen. Im besten Fall an die Fachschaft tatsächlich angebunden, reformorientiert und liberal, aber oft konservativ bis apolitisch, teilweise anderen Listen mehr oder weniger angeschlossen. Kaum Gruppenstrukturen, hauptsächlich Assoziationen von einzelnen HoPo-Interessierten. Oft war die Motivation für den Sprung von der Fachschafts- auf die Gesamtuniebene dadurch motiviert, dass der Übergang von vereinzelt Leiden unter BAE-Gremienauftritten zur organisierten BAE-Feindschaft als Solidarität empfunden wurde, weswegen die schlimmsten Anti-BAE-Ideologen immer hier zu finden sind.

2.2.6. Alternative Linke (AL)

Vor der Gründung der Unicorns Sammelbecken für Linke und BAE-Abtrünnige mit tendenziell anarchistischer Grundausrichtung. Jedes Jahr verwunderlich, dass irgendwelche HoPo-Urgesteine die Liste fortführen, der jahrelange Regress erweckt eigentlich den Eindruck, dass es mal vorbei sein müsste.

2.2.7. Akademischer Senat (AS)

Akademisches Gremium mit absoluter Profmehrheit, die gemäß ihres Klasseninteresses die autoritäre Zuspitzung der Universität regelmäßig abnicken. Vom BAE immer wieder mit vergeblicher Hoffnung überfrachtet, ist der einzige wirkliche Sinn in diesem Gremium zu sitzen, dass mensch an Informationen gelangt und Stimmungen einschätzen kann.

2.2.8. Studierendenparlament (StuPa)

Studiparlament, das den AStA wählt und in dem sich Studis wichtig fühlen können, das inzwischen aber einfach nur noch anstrengend ist. Austragungsort für ein Spektakel, in dem das BAE vorgeblich ein 68er-Teach-In durchführen und der AStA das Elend der Studierenden effizient verwalten möchte, wobei BAE-Teach-Ins der Effizienz im Weg stünden. Das Präsidium des StuPa exekutiert den Willen der Anti-BAE Mehrheit und bezieht dadurch seine Legitimität. Die völlige Irrelevanz wird so von aus dem Nichts generierter „Konflikte“ spektakulär überlagert.

2.2.9. FFF

Ergebnis der Eingliederung der Students For Future in die Hochschulpolitik und den AStA-Block unter Juso-Führung, wodurch die durch FFF generierte Aufmerksamkeit nach ihrem Zenit 2019 getreu den Regeln des Spektakels institutionalisiert und damit zum symbolischen Kapital ihrer Funktionär*innen gemacht wurde. Stellt mittlerweile die größte Fraktion im StuPa und setzt sich für mehr veganes Mensaessen ein.

2.2.10. Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Historisch nach 1968 als Interessenvertretung der Studis konzipiert, hat der Regress eine Mischung aus Servicestruktur und Ort für unzusammenhängende politische Miniprojekte aus Studikohle gemacht, mit der Beteiligte ihr soziales Kapital aufwerten und einige davon dann z.B. in Politik- und NGO-Karrieren Rendite daraus beziehen können.

3. Empirie

Für den Hauptteil haben wir die campusgrüne Entwicklung in verschiedene Phasen unterteilt. Innerhalb dieser berichten wir von unserer politischen Praxis in dieser Phase, zu unseren Überzeugungen, mit denen wir in diesen Phasen operiert haben und zu den Erkenntnissen, die wir dabei erlangt haben. Zunächst wird dabei die gesamte Phase querschnittartig dargestellt, danach ausführlicher eine Auseinandersetzung, die wir für exemplarisch für die jeweilige Phase halten.

3.1. AStA-Zeit

Die ersten von uns haben sich 2015 bei CampusGrün organisiert, sie fanden eine Gruppe vor, die eng mit der Partei kooperierte. Die Gruppe bestand mindestens seit 2007 und verfolgte ein liberales-ökologisches Programm, dass insbesondere konsumkritische und partizipationsfördernde Forderungen beinhaltete. Die Gruppe war Teil eines ersten links-grünen AStAs mit der LINKEN Hochschulgruppe SDS, der Alternativen Linken und den Unicorns. Dass wir neuen uns schnell zu den alten CampusGrünen abgrenzten hatte mehrere Gründe: Die individuellen Biographien, aber insbesondere auch die von uns bewunderte Arbeit des SDS* im AStA zeigten auf, was es in der eigenen Gruppe nicht gab: Ein ernsthaftes Interesse an dem Persönlich-Politischen, eine (scheinbar) solidarische Organisation des Alltags, kollektives Sich-den-Kopf-Zerbrechen an aktuellen politischen Auseinandersetzungen und Geschichtsbewusstsein.

Im Gegensatz dazu wirkte das taktische Fachsimpeln über das Verhalten einiger mehr oder weniger reaktionären Profs in akademischen Gremien, die zu diesem Zeitpunkt Hauptauseinandersetzungsfeld der alteingesessenen "Realos" waren, dröge, unverständlich und irrelevant. Dazu kam mit der im SDS angewandten Theorie der kulturellen Hegemonie Antonio Gramscis ein Analyse-Werkzeug, das Abseits von der individuellen oder moralischen Richtigkeit eines Vorhabens auch die Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und daraus Ableitungen für die Praxis ermöglichte.

All dies waren Gründe dafür, warum wir uns damals mehr mit dem AStA als unser eigenen Hochschulgruppe identifizieren konnten. Zentrales Versatzstück war der positive Rückbezug auf die 68er als revolutionäre Studierendenbewegung im Kampf gegen Alt-Nazis in der postfaschistischen Gesellschaft, gegen den Imperialismus und für den Sozialismus. Wir haben damals auch diesen dogmatischen Blick auf die 68er und vor allem die Möglichkeit der Fortführung ihrer Kämpfe in der heutigen Zeit geteilt. Hochschulpolitik als Gesellschaftspolitik war eine zentrale Forderung, die Studierenden das Subjekt um sie umzusetzen. Rückwirkend mag das vielleicht naiv klingen, aber die Erzählungen von '68 als einer Revolution, die unter anderem an genau dem Ort stattfand, an dem wir damals und teilweise noch heute aktiv sind, bestärkte für uns - wenn auch wenig begründet - eine Hoffnung auf eine neue Studierendenbewegung. Praktisch bedeutete diese Ausrichtung, in

Gremien der verfassten Studierendenschaft weltpolitische Fragen zu diskutieren, Resolutionen zu verabschieden und große Kampagnen zu organisieren. Unsere theoretische und praktische Annäherung an SDS/BAE beschleunigte den Abgang der "Realos", die sich ohnehin mehrheitlich am Ende ihres Studiums befanden, sich aber auch zunehmend allein innerhalb einer sie befremdenden linken Hegemonie wiederfanden.

Die erste große Kampagne dieser Art war für uns "Gemeinsam statt G20", die wir damals als AStA-Bündnis auf Initiative vom SDS* mit dem BAE Ende 2016 ins Leben riefen. Ausgangspunkt war der geplante G20-Gipfel vom 5.-7.7.2017 in Hamburg. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse vorheriger Gipfel-Ereignisse wie dem Tod Carlo Giulianis in Genua 2001 und den Ausweitungen von Repressions- und Überwachungsmaßnahmen wie sie Naomi Klein in "Whose Streets" reflektiert, wurden vor allem zwei relevante Punkte diskutiert, die so von den sonstigen linken Diskussionen über Polit-Gipfel nicht betont wurden: Nach außen würde der G20-Gipfel vor allem Handlungsfähigkeit der größten Industriestaaten simulieren. Anders als in verschwörungsideologischen Vorstellungen Internationaler Politik, in denen solche Gipfel als Ort des geheimen Strippenziehens betrachtet werden, stehen die Regierungen den gesellschaftlichen Krisen des Spätkapitalismus eigentlich machtlos gegenüber.

Nach innen seien die Gipfel Reallabore juristischer und polizeilich-exekutiver Mittel der Aufstandsbekämpfung. Ziel der Kampagne: Den G20-Gipfel mit den bürgerlich-demokratischen Mitteln partizipativer Demokratie möglichst zu verhindern, aber zumindest eine breite internationalistische Aufklärungskampagne zu den G20 und dem Gipfelgeschehen zu betreiben. Die Volksinitiative scheiterte letztendlich am Senat, bekam zuvor aber die nötigen Stimmen zusammen.

Das Ziel, also die Verhinderung des G20-Gipfels im Vorhinein, finden wir bis heute richtig. Aus damaliger Sicht war es für uns unverständlich wie die gesellschaftliche Linke, von Roter Aufbau über GROW, IL und die anarchistische Szene den Kampf gegen die G20 auf der Straße austragen wollte - war doch im Vorhinein deutlich geworden, welche massiven Repressionen alle erwarten würde. "Und am Ende kam es wie es kommen musste, alle kannten ihre Rolle" reflektierte später die Band Goldene Zitronen den Gipfel. Zum Gipfel wurde alles gesagt, aber wir möchten noch unsere eigene Rolle damals reflektieren. Denn abseits der Ziele, haben sich damals auch zarte Risse in unseren Überzeugungen aufgetan. Zunächst einmal wurde die Hoffnung in die Studierenden als politisches Subjekt desillusioniert. Trotz vieler Veranstaltungen, Agitationen in Hörsälen und Seminaren war das Mobilisierungspotential sehr begrenzt. Bei unseren Demos zählten wir trotz internationaler Gäst*innen und massiver Mobi nie mehr als 500 Menschen. Das "Warum?" reflektierten wir erst später ausreichend: Einerseits in Form der Auseinandersetzung mit der Kritik an Studierenden wie sie u.a. von der Situationistischen Internationale in den 60ern formuliert wurde. Andererseits stellten wir fest, dass die kurzfristige Verhinderung des Gipfels auch vielfach als unrealistische Forderung aufgefasst wurde. Die Isoliertheit der Kampagne innerhalb der gesellschaftlichen Linken, die sich wie oben beschrieben für andere Wege entschieden hatte und explizit die Kampagne ablehnte, zeigt auch auf, wie wichtig die Bildung von Bündnissen und Allianzen für solche Forderungen wäre.

3.2. Überwindung der AStA-Vergangenheit

3.2.1. Abgrenzung zum BAE

Schon lange schwelten im AStA Konflikte zwischen den BAE-nahen und -feindlichen Fraktionen. Die Rolle als Schlichterin, die CampusGrün innerhalb dessen zuvor eingenommen hatte, war durch unsere Annäherung an das BAE nicht mehr leistbar (und politisch eh noch nie besonders produktiv gewesen). Spätestens Anfang 2018 gab es den endgültigen Bruch. Um die Unicorns herum versuchte ein Teil der damaligen Koalition eine Mehrheit für einen AStA ohne BAE-Listen zu organisieren. Die Abgrenzung gegen das BAE diente schon vorher als identitätsstiftendes Moment für ein breites Spektrum von rechten bis linksliberalen Gruppen und ermöglichte Bündnisschmiedung abseits der klassischen politischen Pole - vom RCDS bis zu den postautonomen Unicorns. Nach der StuPa-Wahl im Winter 2017/18 gab es keine klaren Mehrheitsverhältnisse, auch durch eine absurde Inflation an Tarnlisten wie "Die Grünen", die Produkt eines kleinen Listen begünstigenden Wahlrechts und dem Mangel an gesamtuniversitärer Öffentlichkeit sind. Als sich das Uni-Querfront-Bündnis aus der Alternativen Linken, den Unicorns, Fakultätslisten und dem RCDS abzeichnete, hielten wir damals an der Konzeption eines linken AStAs mit dem BAE fest. Dafür gingen wir auch das Risiko ein, eine Koalition mit den Hamburger Jusos einzugehen, die bundesweit als besonders konservative Jusos galten. Das wurde uns damals auch insbesondere von den nominell linken Listen im Querfront-Bündnis vorgeworfen. Aus heutiger Sicht hätten wir uns schon damals aus der Blockpolitik um die Machtposition im AStA herausziehen und die Opposition zu diesem Bündnis als APO führen sollen.

Damals teilten wir mit dem BAE eine Analyse, dass der AStA und das StuPa als Herzstücke der Verfassten Studierendenschaft Mittelpunkt studentischer Politik sind und unbedingt gegen die Versuche einer Querfront-Politik auf den institutionellen Wegen verteidigt werden müssen. Schlussendlich konnte das Querfrontbündnis die erforderliche Mehrheit im Studierendenparlament zusammenbekommen. Da die Akteur*innen in diesem Bündnis allerdings nicht viel mehr einte, als die oben erwähnte Feindlichkeit gegen das BAE und nun auch uns, musste die Fraktionsdisziplin im StuPa in den entscheidenden Sitzungen zu Geschäftsordnungs-Beschluss, Präsidiumswahl und AStA-Vorstands-Wahl durch autoritäre Maßnahmen (Überwachung und Kontrolle der eigenen Leute, die insbesondere auch durch Personen der bis heute als "undogmatisch links" auftretende Liste Unicorns ausgeführt wurde) durchgesetzt werden. Es kam trotzdem zu frappierenden Geschäftsordnungsverstößen, die teilweise jahrelange Rechtsstreits nach sich zogen. Trotzdem kam ein neuer AStA zu Stande, den wir damals spöttisch Gurken-AStA nannten.

Eine Erkenntnis über das BAE war Folge der geplatzten Koalitionsbildung, in der wir bis kurz vor der Wahl davon ausgingen, dass die Alternative Linke für unsere Koalition stimmen würde, wie unsere Bündnispartner*innen fest versichert hatten: Das BAE dreht den Zusammenhang von Solidaritätserfahrung, Hoffnung und Handlung um. Eigentlich sollte eine Solidaritätserfahrung, die mensch im Alltag macht, Hoffnung auf die Veränderbarkeit der Verhältnisse schüren, die dann wiederum die Kraft gibt, politische Handlungen in diese Richtung zu unternehmen. Der Moralismus des BAE führt aber dazu, dass gehandelt werden MUSS, weshalb die Hoffnung vorausgesetzt werden muss und für die dann ein Beleg in der Realität gefunden werden muss. Das führt zu einem zwanghaften Optimismus, der teilweise völlig losgelöst von der Realität sein kann - so auch bei der Einschätzung über das Abstimmungsverhalten der AL damals.

Zu Beginn führten wir die juristischen Auseinandersetzungen gemeinsam mit unseren damaligen Bündnispartner*innen. Im Verlauf zeichneten sich aber immer größere Differenzen zwischen einem Großteil der Gruppe CampusGrün und dem BAE ab. Es kam im Bündnis zu einer immer dogmatischeren Fokussierung auf die Kämpfe um den (juristischen) Rückgewinn des AStAs. Spätestens mit der Niederlage des ersten größeren dieser Prozesse vor dem Verwaltungsgericht wurde uns klar, dass die bürgerliche Justiz sich nicht um die Auseinandersetzungen innerhalb der Verfassten Studierendenschaft schert. Mit Texten wie dem bereits erwähnten "Über das Elend im Studentenmilieu" der Situationistischen Internationalen und anderen entwickelten wir auch insgesamt eine stärkere Kritik an dem Fokus der Kämpfe auf die studentischen Institutionen: Der Rechtsruck in der VS wurde wesentlich möglich, weil es an studentischen Kämpfen und einer politisierten Studierendenschaft im Allgemeinen mangelt. Wir wollten also unsere politische Zeit für die Organisation studentischer Auseinandersetzungen und erfolgreicher Kämpfe nutzen, während sich unsere damaligen Bündnispartner*innen immer mehr um sich selbst und den AStA und das Stupa drehten, immer mehr Zeit auf die immer autoritärer werdende Agitation von Parlamentarier*innen aufwendeten um irgendwie doch noch das Ruder rumzureißen. Sie erlagen allerdings der Illusion, dass die AStA-Mehrheit für ihre Argumente zugänglich war und scheiterten so immer wieder mit ihren sogenannten Kultivierungsversuchen.

Unsere erste große politische Auseinandersetzung sowohl in Opposition zum AStA als auch in kritischer Distanz zu unseren damaligen Bündnispartner*innen war das 100-jährige Uni-Jubiläum im Jahr 2019. Die Uni-Verwaltung plante ein großes Festprogramm zum Abfeiern dieser Universität, bei der deren kolonial-rassistische, antisemitische und faschistische Kontinuitäten unter den Teppich gekehrt würden. Diese Kontinuitäten waren den Organisator*innen der Events selbstverständlich bekannt, aber sie passten nicht in das Image der Feier unter dem Titel "Wissenswerft Universität Hamburg". Die Kritik sollte damals durch kurze Absätze zur NS- und Kolonialzeit in den Jubiläumsbroschüren und eine Vorlesungsreihe, die anteilig auch Kritik behandelte, eingebunden werden. Die Uni schaffte es aber die Texte so zu formulieren, dass sie einzig und allein ihren wahren Charakter als Versuch der Wiedergutwerdung offenlegten und öffneten so nur noch mehr Angriffsfläche für Kritik. Das Jahr 2019 war sowieso ein wichtiges Jahr für diese fantastische Universität und das ganze Jubiläumsspektakel diente auch dem erhofften Erfolg beim Wettbewerb um die nächste große Runde der Exzellenzförderung.

Wir organisierten uns also ab 2018 mit anderen kritischen Studierenden abseits des Stellungskrieges um die VS-Institutionen und erarbeiteten uns kritische Geschichtsverständnisse. Wir recherchierten in den Archiven zu den oben erwähnten Kontinuitäten, arbeiteten eine Lesung zur Rassenkunde an der UHH aus. U.a. durch die Auseinandersetzung mit dem Spektakel-Begriff bei Guy Debord kamen wir auch zur Erkenntnis, dass wir eben nicht Veranstaltungen als Teil dieses Jubiläumsprogrammes machen wollen, sondern durch kritischen Interventionen mit eben diesem brechen wollten. Auch in dieser Auseinandersetzung kam es zum inhaltlichen Bruch mit unseren damaligen Bündnispartner*innen: Sie wollten kultivierend wirken, also innerhalb des Programmes die progressiven Errungenschaften an dieser Universität und ihrer Gründung bearbeiten. Sie betonten z.B. die Uni-Gründung als erste parlamentarisch-demokratische einseitig als Erfolg der November-Revolution 1918, während wir diese eher dialektisch als Teil der erfolgreichen Einhegung der Novemberrevolution durch die Sozialdemokratie bewerteten.

Die inhaltlichen und taktischen Differenzen zeigten sich insbesondere beim Festakt der Universität, dem Kulminationspunkt des Spektakels: Prominente ehemalige Studierende der UHH waren Gäste,

Prominente und Uni-Mitglieder Publikum der Veranstaltung. Festredner war der rechtskonservative Wolfgang Schäuble, mitverantwortlich für die EU-Austeritätspolitik. Die ganze Veranstaltung wurde durch ein Campusfest begleitet und mit Leinwänden auf den Campus übertragen. Wir unterstützten die Idee, das Spektakel entsprechend durch eine Aktion mit Transparenten und Flyern zur Kritik der Veranstaltung im Audimax während der Festrede Schäubles zu unterbrechen. Das BAE (durch einen Tucholsky-Kulturbeitrag) und der AStA (durch eine Rede) beteiligten sich dagegen am Spektakel. Unser noch weitgehend solidarisches Verhältnis mit unseren damaligen Bündnispartner*innen wurde nicht zuletzt durch das Verhalten dieser erschüttert, als sie stillschweigend beobachteten, wie Menschen, die wagten die Festveranstaltung zu stören, von Schäubles Securities abgeräumt wurden. Auch bei Auseinandersetzungen mit der Polizei um kolonialkritische Banner auf dem Campusfest gab es keine Unterstützung.

Völlig losgelöst von den realen Auseinandersetzungen um das Uni-Jubiläum und die damit verbundene Repressionsgefahr machten die Unicorns ein Mobfoto, dass sie als militante Kritiker*innen der akademischen Selbstbeweihräucherung inszenierte, während 500 Meter weiter Leute für eine real bemerkbare Kritik von Securities weggeschleift wurden. Der Verfall radikaler Praxis in konformistischen Zeiten zu reiner Identitätspflege innerhalb der "Szene" führt auch dazu, dass die Darstellung von Kämpfen die eigentlichen Kämpfe ersetzt.

Ging auch keine andauernde Organisierung aus diesen Aktivitäten rund um das Uni-Jubiläum aus, so schafften wir es in diesem Jahr das Spektakel immerhin zu stören. Aus den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um faschistische Kontinuitäten in verschiedenen Fachwissenschaften entstanden neue oder neu aufgerollte/ergänzte Erkenntnisse, die in mehreren Veranstaltungen und Beiträgen diskutiert wurden. In der Auseinandersetzung mit der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte, die uns nach einigen Konflikten mit der Idee einer Konferenz der kritischen Geschichtsprojekte unterstützte, war damals eigentlich Potential für eine Verstetigung der Kämpfe angelegt. Wir scheiterten hieran allerdings aus vielfältigen Gründen. Nicht zuletzt aufgrund der anstrengenden Reibungskämpfen mit unseren damaligen Bündnispartner*innen (mit steigender politischen Entfernung wurden die Kultivierungsversuche uns gegenüber zunehmend übergriffiger), aber vor allem auch aufgrund der eigenen Anfälligkeit dafür, linke Kämpfe reaktiv und nicht antizipativ zu führen, verlor die Auseinandersetzung unsere Aufmerksamkeit.

Die Entfremdung vom BAE, die wir in diesem Abschnitt zu skizzieren versucht haben, hatte auch Folgen innerhalb unserer Gruppe: Während wir mehrheitlich kritische Distanz einnahmen, verharren wenige Mitglieder in der Affirmation des BAE, wie wir sie im Vorkapitel beschrieben haben. Ein Konflikt in der damals noch gemeinsamen Theoriearbeit kann dabei vielleicht exemplarisch beschreiben, wie sich die inhaltliche Differenz zuspitzte und schließlich zur Fraktionsbildung, danach zur Abspaltung von den BAE-nahen CampusGrünen führte: Klaus Holzkamp beschreibt zwei Modi zwischenmenschlicher Beziehungen, wobei "instrumentelle" als der kapitalistischen Tausch- und Verwertungslogik entsprechend und "solidarische" als sie überwindend konzipiert werden. Diese sind als analytische Kategorien zu verstehen, reale existierende Beziehungen sind Mischformen. Die BAE-nahe Fraktion beharrte allerdings darauf, reale Verhältnisse in diese Binarität einzusortieren, insbesondere um moralischen Druck mittels unterstellter Instrumentalität (im Gegensatz zur eigenen Solidarität) aufzubauen.

3.2.2. Hinwendung zur Bewegung

Die Erkenntnis, dass Studierende nicht einfach so revolutionäres Subjekt sind, denen nur ein avantgardistischer Funke fehle, um eine kämpferische Studierendenbewegung zu sein, führte zu einem Bedürfnis nach einer gemeinsamen theoretischen Fundierung unseres Verständnisses von gesellschaftlicher Veränderung. Inspiration fanden wir unter anderem in "Beziehungsweise Revolution" (Bini Adamczak) und Texten von Rosa Luxemburg. Zentral war, dass sich unser Verständnis der Rollenverteilung zwischen politisch Organisierten und anderen Subalternen, wer Initiatorin und wer Unterstützerin von gesellschaftlicher Bewegung ist, umkehrte: Nicht eine Avantgarde initiiert soziale Bewegung und führt die Massen an, sondern soziale Bewegung entsteht spontan und kann dann von organisierten Leuten unterstützt werden.

Diese theoretischen Erkenntnisse waren natürlich nicht losgelöst von unserer politischen Praxis. Die Umorientierung auf Arbeit, die die existierende gesellschaftliche Bewegung voranbringt, fiel zusammen mit den Anfängen von Fridays For Future (FFF), die sich ab Dezember 2018 auch in Hamburg organisierten. Nach einigen Besuchen auf Ortsgruppentreffen gab es im Frühjahr dann einen ersten Versuch, eine studentische FFF-Gruppe (Students for Future, SFF) an der Uni zu gründen. Daran beteiligt waren u.a. Leute aus der Hamburger FFF-Ortsgruppe, aus der DIF und einige Altbekannte aus der Hochschulpolitik. Dieser erste Versuch scheiterte jedoch an den sehr unterschiedlichen Vorstellungen, was die Zielsetzung der Gruppe sein sollte. Vereinfacht dargestellt gab es auf der einen Seite die Position, dass die Gruppe in erster Linie ein verlängerter Arm der Ortsgruppe an der Uni sein sollte, deren Aufgabe ausschließlich in der Mobilisation von Student*innen für die Demos bestehen sollte; auf der anderen Seite stand der Anspruch (u.a. von uns), sich ausgehend von der Auseinandersetzung um Klimagerechtigkeit in verschiedene Bereiche der Uni- und Wissenschaftspolitik einzumischen. An diesem Widerspruch zerbrach die Gruppe nach einigen Treffen.

Was von diesem ersten Anlauf blieb, war die "Klima-Uni von unten": Dieses Format hatten wir angestoßen mit der Idee, einen Lesekreis-ähnlich organisierten Raum für kritische Selbstbildung zu klimapolitischen Themen zu schaffen, also sozusagen als inhaltliche Ergänzung der Demos am Freitag. Dieses Angebot sollte sich nicht zuletzt an die Hamburger Ortsgruppe richten, da es dort unserer Auffassung nach kaum Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen gab. Eine Zeit lang fand die Klima-Uni von Unten regelmäßig freitags im Anschluss an die FFF-Demos statt, konnte sich jedoch nicht wie erhofft als Raum der inhaltlichen Arbeit innerhalb von FFF etablieren.

Im Sommer 2019 startete die Hamburger Ortsgruppe einen erneuten, diesmal erfolgreichen Anlauf zur Gründung einer SFF-Gruppe, an der wir uns ebenfalls beteiligten. Zwar gab es auch hier Konflikte um die Fragen, wie unabhängig wir von der Ortsgruppe agieren dürfen und wie weitreichend die Forderungen und Praxis der Gruppe sein sollten, einige Wochen lang lief die Arbeit in der Gruppe jedoch ganz gut. Zwar gab es auch zu diesem Zeitpunkt schon einige Personen, die sowohl bei SFF als auch in der FFF-Ortsgruppe aktiv waren, doch konnte SFF zu Beginn recht unabhängig agieren, was sicherlich auch daran lag, dass der Zenit von FFF, die Klimademo am 20.9.19 mit 100.000 Teilnehmer*innen in Hamburg, erheblichen Planungsaufwand für die Ortsgruppe bedeutete. Höhepunkt unserer Arbeit mit den SFF war die kurz darauf stattfindende Klima-OE, eine kritische Semestereinführungswoche. Tatsächlich wurde die Woche zu einem großen Teil von CG-Mitgliedern gestaltet und organisiert. Das Programm bestand aus unterschiedlichen Workshops rund um Klimafragen, die zum größten Teil Themen auch außerhalb der typischen Ausrichtung von FFF abdeckten (Kapitalismuskritik, Kritische Wissenschaft,

Ökofeminismus, Kritik der Konsumkritik, ...). Die Klima-OE war extrem gut besucht und führte auch - zumindest kurzfristig - zu einem starken Wachstum von SFF.

Diese zwischenzeitlichen Erfolge bedingten, sowohl auf Ebene der Gesamtbewegung als auch bei uns, das darauffolgende Scheitern: Unser Ansatz, Bewegung zu unterstützen und zu entwickeln, führte zu Forderungen nach weitergehenden organisierenden Strukturen, z.B. SFF-Fakultätsgruppen, einer Ausweitung des Aktivitätsfeldes (z.B. klimapolitisch inspirierter Wissenschaftskritik) und Allianzbildung (z.B. mit Gewerkschaften und FSRen).

Dies kollidierte mit den Interessen sowohl von Ortsgruppenaktiven wie auch des AStA, die Stellvertreter*innen ihrer jeweiligen Institution bzw. Bewegung sein wollten und Aktivitäten außerhalb ihres Kontrollbereichs als Bedrohung ihrer subjektiven Wichtigkeit sahen. Im Falle des AStA war das natürlich keine neue Gegner*innenschaft, sondern die Fortsetzung tradierter hochschulpolitischer Konflikte an neuem Austragungsort.

Das nächste größere Projekt der SFF war eine studentische Vollversammlung (VV), auf der Forderungen an die Uni beschlossen werden sollten. Spätestens mit dem ersten Aufschlag für die Forderungen der VV wurde der Hamburger FFF-Ortsgruppe klar, dass von den SFF "linkere" Themen bearbeitet wurden, als der Ortsgruppe lieb war. Denn ähnlich wie schon bei der Klima-OE waren in den Forderungen zu Beginn sehr weitreichende Themen wie Kritische Wissenschaft und Demokratisierung der Uni enthalten. Die Ideologie von FFF, "monothematische" Bewegung zu sein, kollidierte mit unserem von Nancy Fraser inspirierten Anspruch, die Herrschaftsverhältnisse als verschränkte zu konzipieren und insgesamt überwinden zu wollen.

Dies hatte zu Folge, dass "wichtige" Leute aus der Ortsgruppe, die zuvor noch nicht bei SFF aktiv waren, begannen auf die Treffen von SFF zu kommen, um ein Runterbrechen der Forderungen auf "mehr veganes Mensaessen und mehr Energiesparen" durchzusetzen. Dabei wurde auch die Angst der Ortsgruppe, FFF könnte als "zu links" wahrgenommen werden, deutlich. Des Weiteren gab es einen Konflikt darum, wie viel Mitgestaltung an den Forderungen den Teilnehmer*innen der VV ermöglicht werden sollte. Auch hier setzte sich die Ortsgruppe damit durch, die VV zu einer reinen Abnick-Veranstaltung bereits ausformulierter Forderungen zu machen.

Die sich durch konvergierende Interessen manifestierende Einigkeit von Ortsgruppe und AStA wurde zeitgleich durch eine Denunziationskampagne des AStA ideologisch unterfüttert, deren Inhalt ein Revival der bekannten Projektionen auf das BAE war. Unter anderem wurde eine Marionettenspieler*innenerzählung aufgerufen, nach der das BAE uns und wir SFF unterwandert hätten bzw. unterwandern würden.

Letztendlich gingen AStA und wichtige Ortsgruppenaktive ineinander auf, indem SFF eine StuPa-Liste wurde und diese in den AStA eintrat. Diese Erfahrung berichtigte auch unser Verständnis von der ideellen Bedeutung der BAE-Projektionen: Es handelt sich dabei nicht um berechnete antiautoritäre Kritik (auch wenn berechnete Kritik möglich ist, siehe Kap. 4.1), die teilweise ideologische Verzerrungen erfahren hat und deshalb partiell reaktionär geworden ist. Sie befriedigt - eine Projektion eben - Bedürfnisse nach Abgrenzung und Absicherung eines Linksliberalismus, der sich seine eigene Machtlosigkeit zwanghaft verklären muss. Der Moment, an dem die Bekämpfung gegen uns anfang Früchte zu tragen, war nicht zufällig der, indem FFF ratlos vor der riesigen Kluft aus "erfolgreicher" Großdemo einerseits und der Tatsache einer unbeirrt weitergeführten Klimakatastrophenpolitik andererseits stand. Ohne Frage ist das BAE eine dankbare Projektionsfläche, und auch unser Auftreten, z.B. in der Frage, wie wichtig Klima-

Wissenschaftskritik und blumig formulierte Forderungen sind, hätte im Nachhinein betrachtet sinnvoller ausfallen können. Aber das strategisch Wichtige ist eher die Frage, was da projiziert wird und wie mensch diesem "gesellschaftlich notwendig falschem Bewusstsein" seine Notwendigkeit entzieht.

Die Klima-Uni von Unten fand durch die Klima-OE erneut initialisiert als wöchentliches, selbstorganisiertes Lektüreseminar weiterhin statt, diesmal in Kooperation mit einem linken Dozenten aus der Anglistik. Zumindest zu Beginn nahmen auch einige Leute aus der SFF-Gruppe teil, was jedoch letztlich keinen signifikanten Einfluss auf die Praxis bzw. die Ausrichtung der SFF hatte. Die angestrebte Fortführung der Klima-Uni von Unten im Sommersemester 2020 wurde durch Corona verhindert. Durch diese Erfahrung korrigierten wir unser idealistisches Verständnis von der Bedeutung politischer Bildung, die zwar Motivation, Inspiration oder Orientierung in der politischen Praxis geben kann, aber diese nicht vorantreiben oder gar ersetzen kann.

3.3. Außerparlamentarische Opposition (APO)

Mitte/Ende 2019 hatten wir die theoretische und praktische Klärung, in welchem Verhältnis Bewegung und politisch Organisierte sowie bewegungsorientiert-organisierende und parlamentarische Praxis stehen sollten, aus subjektiver Sicht vorübergehend abgeschlossen. Unsere Praxis in Gremien beschränkte sich darauf, Informationen über uniinterne Prozesse zu erlangen, den Leuten gelegentlich vorzuhalten, dass sie mal wieder verdammt reaktionär sind, und ansonsten für den hypothetischen Fall, dass eine Massenbewegung entsteht und zu einer Repolitisierung nicht nur der Studierenden, sondern auch der Gremien führen würde, einen Fuß in der Tür zu haben, um situativ in einen Modus "revolutionärer Realpolitik" wechseln zu können.

Mit der Wahl zum Europaparlament 2019 wurde klar, dass Bernd Lucke, der für sein Mandat seine Professur 5 Jahre ruhen gelassen hatte, an die Uni Hamburg würde zurückkehren wollen. Und, dass er dabei die herrschende Rechtsprechung mit ihrem vorwiegend negativen Freiheitsbegriff in Bezug auf Wissenschafts- und Berufsfreiheit wie auch den staatlichen und universitären Entscheidungsapparat auf seiner Seite haben würde. In der radikalen und studentischen Linken herrschte weitgehend Konsens, dass mensch das verhindern müsse, oder, falls das nicht möglich wäre, die Kosten zur Durchsetzung von Luckes Freiheiten möglichst weit zu erhöhen. Trotz dieser grundsätzlichen Einigkeit gab es verschiedene Ansichten, wie ausdauernd der Protest sein müsse, wie mit dem Backlash der reaktionären Presse umzugehen sei usw.

In einem klaren Moment schaffte der damalige AStA, die grundsätzliche Stimmung sinnvoll zu kanalisieren, und lud zu einer Protestkundgebung zum ersten Vorlesungstermin Luckes wichtigster Vorlesung ein. Die Kundgebung endete vor Vorlesungsbeginn, die Menge an Demonstrant*innen ermutigte sich gegenseitig durch die schiere Anzahl und bewegte sich in den Vorlesungssaal, in dem Lucke nach seinem Eintreffen niedergeschrien werden und bis hin zum Verlassen des Saals zermürbt werden konnte.

Im Anschluss wurde die Juso-Führung des AStA erfolgreich von bürgerlicher Presse, rechten Trollen und Parteisoldaten weiter oben in der Hierarchie in die Mangel genommen, eierte rum, distanzierte sich von der Aktion und verriet die Bewegung. Auch wenn die bewegungsnäheren Fraktionen, also v.a. die Unicorns (auch öffentlich) beteuerten, mit dem Vorgehen nicht einverstanden zu sein, war damit klar, dass die staatstragende Linie die hegemoniale war und Unicorns und Co. im AStA nur geduldet sind, solange sie sich zahm verhalten.

Für eine Fortsetzung der Proteste würde der AStA als Organisator*in also nicht mehr in Frage kommen, und so konstituierte sich die Fortsetzung des Protests in einem Adhoc-Bündnis, an dem wir uns beteiligten und das eine Kundgebung für den nächsten Anlauf Luckes, eine Vorlesung halten zu wollen, anmeldete. Die neue Kundgebung fand in einem anderen Hörsaal statt und wurde durch Securities und Zivicops gesichert. Auch diesmal wurde die Vorlesung unterbrochen, diesmal weniger durch das Gefühl, zumindest lokal eine Hegemonie gegen Lucke zu haben und von diesem automatisch in den Saal gespült zu werden, sondern von einigen Sportantifas, die die Security-Absicherung durchflossen und hinter denen ein gegenüber der Vorwoche bereits stark zusammengeschmolzener Protest in den Saal gehen konnte. Weil die Univerwaltung von Luckes Märtyrerinszenierung aus der Vorwoche genervt war und diese für ein völlig unnötiges Risiko hielt, war diesmal ein Sicherheitsprotokoll abgesprochen worden, weswegen Lucke dieses Mal sofort, nachdem der Protest sich Zutritt verschafft hatte, mit einigen Securities den Saal am anderen Ende verließ.

In der dritten Woche war der Ort erneut geändert worden, es gab ein beachtliches Polizeiaufgebot, der Protest wurde außer Hörreichweite der Vorlesung verbannt und auch innerhalb der Vorlesung gab es ausufernde Sicherheitsvorkehrungen, die unter anderem dazu führten, dass kritische Nachfrager*innen sofort gewaltsam durch Securities aus dem Hörsaal entfernt wurden.

Während die Anzahl an Protestierenden zwischen den ersten beiden Terminen stark und danach kaum gesunken war, schmolz die Bewegung durch die Erfahrung, gegen die polizeistaatliche Durchsetzung der Vorlesung absolut machtlos zu sein, auf Mahnwachengröße zusammen.

Zunächst also Resignation, aber im Fachbereichsrat ein paar Monate später dann die positive 'Überraschung': Lucke darf seine prestigeträchtige Vorlesung Makro I+II, die Pflichtveranstaltung für VWL-Bachelorstudis ist, zunächst nicht behalten und muss mit weniger einflussreichen Lehrveranstaltungen vorlieb nehmen. Der nächste Jahrgang an VWLer*innen hat Makro bei einem für VWL-Verhältnisse äußerst progressiven keynesianischen Postdoc. Im Gremium wird deutlich, dass diese Entscheidung direkte Folge der Proteste ist: Selbst die mehrheitlich zentristischen bis konservativen Profs wollen lieber Ruhe und Planbarkeit als dass Luckes Eitelkeit entsprochen wird. Hierbei bewährt sich das oben beschriebene Verständnis unserer Gremienarbeit zu dieser Zeit: Während die Universität sich nach Außen mit Lucke solidarisiert, wird intern der Missmut darüber deutlich, wie selbstgerecht sein Umgang ist, und wie die Bereitschaft, ihm seine Märtyrershow zu ermöglichen, kontinuierlich sinkt.

Eine nachträgliche, schmerzhaftes Erkenntnis steht am Ende dieser APO-Phase:

Bei der Verteilung der Lehrdeputate ein Jahr später ist alles beim Alten, Lucke bekommt die Makro-Vorlesungen zurück. Es gibt keinerlei Protest. Ein Teil davon lässt sich vielleicht mit Corona erklären, aber wesentlich ist die Tatsache, dass es der weitgehend marginalisierten und machtlosen Linken oft nicht um die Umsetzung einer revolutionären Strategie geht, also langfristige Handlungsfähigkeit, sondern um eventhaften Aktionismus, also das kurzfristige Gefühl von - ebenfalls kurzfristiger - Handlungsfähigkeit. Deswegen ist die symbolträchtige Wiederkehr von Lucke ein Anlass zu kämpfen, in den Folgewochen, in denen sich entscheidet, ob es nachhaltige Erfolge gibt, aber kaum, und ein Jahr später erst recht nicht.

3.4. Corona / HoPo-Rückzug

Mit Corona beginnt die letzte Phase von CampusGrün. Zu Beginn der Pandemie in Deutschland ist ein Großteil der Linken vor allem damit beschäftigt, ihre mangelnde Macht, den Staat zur Umsetzung einer sinnvollen Pandemiebekämpfung zwingen zu können, durch einen Rückfall in den individuell-moralischen Avantgardismus, den mensch vor allem aus der Konsumkritik kennt, zu kompensieren. Im Gegensatz zu dieser selbstverordneten Handlungsunfähigkeit ist es eine wohlthuende Solidaritätserfahrung, dass zumindest die eigene Gruppe es einigermaßen hinbekommt, politisch organisiert und aktiv zu bleiben, auch wenn das Fehlen aktiver Bündnispartner*innen die Wirkmöglichkeiten einer kleinen Gruppe massiv einschränkt.

Neben dem Moralavantgardismus legt Corona weitere Tendenzen und Konflikte offen, die wir vorher nicht oder in der Deutlichkeit nicht gesehen haben. Dazu zählt die Tatsache, dass Studierende ihrer eigenen Prekarisierung hilflos bis apathisch gegenüberstehen. Der Versuch, ein "Solidarsemester"-Bündnis aus FSREN zu organisieren, scheitert weitgehend, vor allem weil es campusweit nur einen einzigen FSR gibt, der sich für Politik interessiert und nicht bereits durch die Einbindung in den BAE- oder AStA-Block weitgehend gelähmt ist. Die ohnehin extrem unproduktive Dichotomie dieses Konflikts, die ambivalente und widersprüchliche Positionen verunmöglicht, spitzt sich zu: Während das BAE sich zur rechtsliberalen Scheiß-auf-Corona-alles-muss-auf-Apologetin entwickelt, setzt das StuPa-Präsidium "Sitzungen" durch, die über Zoom stattfinden und in denen 95% der Zeit sämtliche Parlamentarier*innen gemutet sind; vordergründig, weil auf Abstimmungsergebnisse gewartet wird.

Theoretisch wenden wir uns erneut dem Spektakelbegriff zu, der bei der Deutung unserer Beobachtungen hilft: Die individuellen, insbesondere aufmerksamkeitsökonomischen Eigenlogiken der politisch Handelnden erzeugen im Zusammenspiel eine nie endende Theateraufführung, in der Politik zu einer unnahbaren und technokratischen, aber gleichzeitig auch dilettantischen und peinlichen Veranstaltung wird, die die Subalternen gleichzeitig verachten und nicht verstehen. Als radikale Gruppe muss der Nutzen, den eine partielle Teilnahme an den ins Spektakel eingebunden Institutionen bringt, wie beispielsweise der Informationsfluss aus dem AS, abgewägt werden gegen die Legitimität, die mensch der Institution damit verleiht.

Sinnvolle Praxis haben wir in dieser Zeit daher nur außerhalb des institutionellen und universitären Rahmens, den die eigene Verfassung als CampusGrün implizit mit sich bringt: Z.B. gelingt es, Querdenker*innen ("Studenten stehen auf") durch Gegenprotest langfristig vom Campus fernzuhalten; und beteiligen uns an einem Bündnis gegen sexualisierte Gewalt, das sich bei der Organisation einer Gegenveranstaltung zu einem Vortrag von Hamburgs Lieblingsreaktionär Klaus Püschel über "(Vorgetäuschte) Vergewaltigungen" konstituiert.

Gegen die Partizipation am Spektakel ist außerdem anzuführen, dass es abfärbt: Zum einen in der Wahrnehmung der Subalternen, die eine Korruption ahnen. Zum anderen, weil diese Ahnung berechtigt ist. Materielle Reize, wie beispielsweise Referent*innengehälter im AStA, aber auch "weiche" Konditionierungen wie die Tatsache, dass eine Gremiensitzung, die nach den Spielregeln läuft, weniger anstrengend ist, führen dazu, dass die eigene Praxis sich der im Rahmen des Spektakels erwarteten annähert.

Erfahrungen bei "Hamburg enteignet" und mit der nachträglichen vervollständigten Rückkehr von Bernd Lucke (s 3.3) sowie Lektüre von "Capitalist Realism" (Mark Fisher) und "Transformation der Demokratie" (Johannes Agnoli) zeigen auf, dass das Spektakel allgemein und

Stellvertreter*innenpolitik im Besonderen kein Problem ist, das auf den parlamentarischen Betrieb beschränkt wäre: Auch innerhalb von Bewegungen wollen von der eigenen moralischen Richtigkeit berauschte Szenelinks (v.a. Männer) FÜR andere sprechen statt sich MIT ihnen zu organisieren. Auch Bewegung passiert teilweise in ritualisierten Formen - Fisher nennt das entsprechende Kapitel sehr treffend "Stell Dir vor es ist eine Demo und jeder geht hin".

Am Schluss steht die Überzeugung, dass CampusGrün mit seiner ins hochschulpolitische und GRÜNE Spektakel eingebundenen Historie, die schon in den Namen eingeschrieben ist, eine Hypothek für unsere weitere politische Praxis wäre und daher aufgelöst werden muss.

4. Auswertung(en)

Statt eines gemeinsamen Fazits beschreiben wir in diesem Teil verschiedene Einsichten, offene Fragen und neue Projekte, mit denen wir das Ende von CG verbinden.

4.1. Berechtigte und ideologische BAE-Kritik

Wir waren uns lange unsicher, ob es sinnvoll ist, ein dezidiertes BAE-Analyse-Kapitel zu schreiben. Das liegt daran, dass die Frage, wie mensch sich zum BAE verhält, innerhalb der Hamburger studentischen Linken und sogar darüber hinaus in einem Maße zur Identitätsstiftung beiträgt, das offensichtlich nicht hilfreich ist. Deswegen gehen wir davon aus, dass sowohl BAE-freundliche als auch -feindliche Akteur*innen diese Reflexion nicht mit einem politisch relevanten Erkenntnisinteresse lesen, sondern nur die Gretchenfrage „Wie hielt CampusGrün es am Ende wirklich mit dem BAE?“ für sich beantworten wollen. Weil das aber ohnehin passiert wäre, haben wir uns dafür entschieden, es zumindest explizit zu adressieren und zu versuchen, die Mythen, die diese identitären Lesarten hervorbringen, zu entzaubern.

Das BAE, das wir kennengelernt haben, ist in sich wesentlich widersprüchlicher als die oberflächlichen Kritiken der letzten Jahre dies vermuten lassen. Trotzdem lassen sich einige Praxen, Ideologien und Strukturen, die über lange Zeiträume hegemonial im BAE waren und sind, herausarbeiten.

Das BAE befindet sich grundsätzlich in dem nostalgischen Modus, dass die Welt dem Kommunismus nie näher gewesen sei als 1968. Programmatisch ist für das BAE die Revolutionstheorie von Rudi Dutschke, deren Essenz im Wesentlichen eine Kritik des bolschewistischen Avantgardismus der Praxis aus der Perspektive eines Avantgardismus der Ideen ist.

"[Gulagisierung zum Zwecke des Schutzes der Revolution] mussten Revolutionen leisten, die Minderheitsrevolutionen waren - der geschichtliche Unterschied [zu uns] besteht darin, dass unser Prozess der Revolution sehr lang sein wird." (Aus: Zu Protokoll: Rudi Dutschke, Günther Gaus 1967, <https://www.youtube.com/watch?v=SelsyuoNfOg>, Minute 16:33)

"Wenn wir es schaffen, den Transformationsprozess, einen langwierigen Prozess, als Prozess der Bewusstwerdung der an der Bewegung Beteiligten zu strukturieren, werden die bewusstseinsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die es verunmöglichen, dass die Eliten uns manipulieren, dass es eine neue Klasse gibt [angespielt wird auf den bürokratischen Apparat der Bolschewiki]." (ebd., Minute 9:26)

In dieser Ideologie ist die Revolution ein Selbstläufer, das entscheidende passiert im Vorfeld durch die Überzeugung der Menschen. Konsequenterweise gibt es beim BAE keine umfassende Regresstheorie, wieso seit 1968 alles schlechter geworden sei, Maßgabe war und bleibt Dutschkes Imperativ, dass mensch weiter geduldig an der Überzeugung der Mitmenschen arbeiten müsse. Partiiell wird der Regress anerkannt, aber analytisch auch dann nicht systematisch erfasst, sondern einzelnen oder Gruppen an Schuldigen (z.B. Antideutschen, "PoMos" ...) zugeschoben.

Bei der Analyse des realen Verhaltens von Menschen ist in konsequenter Anwendung des 68er-Moralavantgardismus dann auch nicht der Klassenstandpunkt der entscheidende Maßstab. Entscheidend ist, als wie fortschrittlich deren dargestellte Überzeugung (die „Haltung“) eingeschätzt wird. Die Veränderung der „Haltung“ ist dabei nicht nur Zweck, sondern auch Mittel der eigenen Praxis. Es wird unterstellt, dass Überzeugung anderer gelingen kann, wenn die eigene Überzeugung ausreichend entwickelt („kultiviert“) ist. Diese Selbstreferentialität der „Haltung“ bedingt einen totalen Individualismus und Voluntarismus, der die freie Entscheidung für die richtige Haltung zum dichotomen Kategoriensystem erhebt, das Menschen tendenziell in Mitstreiter*innen und Gegner*innen unterteilt. Dabei wird auf teilweise groteske Weise ausgeblendet, auf welche Weise die entsprechenden Individuen materiell in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingebunden sind. Einzig anerkannt als „materielle“ Grundlage für die richtige Haltung ist „Hoffnung“ – die aber, wenn ihre Abwesenheit festgestellt werden muss, wiederum als VerweigerungSHALTUNG gegenüber dem gebotenen Zweckoptimismus interpretiert wird. Die Selbstreferentialität des Haltungskonzepts führt außerdem zu für Außenstehende absurd anmutenden Ritualen, in denen sich gegenseitig der richtigen Haltung versichert wird und Begründungen für Optimismus konstruiert werden – oder Selbstkasteiung ob der falschen Haltung stattfindet.

Diese selbstreferentiellen Rituale integrieren Versatzstücken des Stalinismus, wobei vor allem der als Dogmatismus kaschierte Opportunismus ins Auge springt: Eigene taktische Entscheidungen werden dadurch legitimiert, dass vergangene Analysen so umgedeutet werden, dass sie auf die aktuelle Taktik als scheinbar logische Folge hinauslaufen. Auch massive Brüche in der eigenen Praxis werden so zwanghaft zur Kontinuität, die die schon immer richtige eigene Haltung nachweist, umgedeutet. In Erinnerung bleibt hier beispielsweise, dass beim Versuch des BAE, 2019 wieder AStA zu werden, der vorherige starke Mann bei den Jusos zwischendurch vom schlimmsten Feind des BAE zum Hoffnungsträger umgedeutet wurde, weil er einmal mit irgendwem von ihnen gesprochen hatte.

Das BAE ist dadurch kaum in der Lage, politische Auseinandersetzungen richtig zu deuten, weil die Prämisse, dass die aktuelle Praxis durch die Analyse legitimiert werden muss, die Fähigkeit zur Selbstkritik völlig untergräbt, und weil die „Haltung“ als zirkuläres Konzept zur Legitimation für alles Mögliche herhalten kann. Unserer Auffassung nach sind das die wesentlichen ideellen und strukturellen Konstanten innerhalb des BAE, aus denen sich fast alle anderen Problematiken, zumindest anteilsweise, ableiten.

Das dichotome, aber trotzdem graduelle Haltungskonzept ist beispielsweise nach innen wesentliche Legitimation für den autoritären Zuschnitt des BAE. Personen, die historisch gewachsen mehr Deutungsmacht darüber haben, was die richtige Haltung ist, werden stattdessen als Personen wahrgenommen, die mehr Deutungsmacht haben, WEIL sie die richtige Haltung haben.

Nach außen führt es zu einer Legitimation übergriffiger Modi der Agitation, weil es zu sehr verschwommenen Grenzen davon führt, was als eigene politische Gruppe und was als außerhalb davon konzipiert wird: Als potentielle Mitstreiter*in wird die andere Person nicht nur am Haltungskonzept *gemessen*, sondern ihr wird gleichzeitig das Haltungskonzept als erstrebenswerter Maßstab *angedreht* – sofern möglich, wird sie in die selbstreferentiellen Rituale und die sie umgebenden Strukturen miteinbezogen.

Dass das BAE moralistisch argumentiert, passiert einerseits, weil das Haltungskonzept essentiell moralistisch ist, und zudem, weil es in der Binnenlogik des BAE die erfolgreichste Sprechweise ist: Wenn das Ziel der eigenen Agitation ist, dass die andere Person erklärterweise mit den eigenen Zielen übereinstimmt (unabhängig davon, ob und welche praktischen Folgen das hat), dann ist moralischer Druck, durch den die Person formal zustimmt, und sei es gegen ihren eigentlichen Willen, das richtige Mittel. Auch der krasse Fokus auf gremienorientierter Hochschulpolitik ist pragmatisch, weil akademische, linksliberale Milieus der ideale Resonanzkörper für Moralismus sind und die entsprechenden Talking Points von „demokratischer Verantwortung“ etc. bei Menschen, die trotz aller Lächerlichkeiten am Demokratiespektakel aktiv partizipieren, besonders gut ankommen. Außerdem sind die Gremien als Orte zur Fortsetzung und Entgrenzung der Selbstbeweihräucherung sehr gut geeignet.

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass eine fundierte Kritik des BAE möglich ist und gewisse Ableitungen für die eigene Praxis an der Hochschule gerechtfertigt sind. Dazu gehört zum Beispiel, das BAE aus organisatorischen Zusammenhängen rauszuhalten, weil die idealistische Praxis als unproduktiv wahrgenommen und der wortgewaltige Moralismus politische Zeit frisst oder die Agitation als übergriffig empfunden wird. Außerdem kann mensch versuchen, Mitglieder der revolutionär völlig dysfunktionalen Struktur des BAE aus ihrem Zusammenhang rauszuagitieren und mit ihnen sinnvollere Praxis- und Organisationsformen entwickeln. Die reale existierende, organisierte „Kritik“ am BAE an der Uni Hamburg und teilweise darüber hinaus nimmt aber Formen an, die diese von uns als gerechtfertigt eingeschätzten Schlussfolgerungen sehr weit übersteigen. Formen, die den Übergriffigkeiten des BAE nicht nur in nichts nachstehen und oft einen ziemlich unappetitlichen Antikommunismus darstellen.

Dies kann selbst nur ideologisch erklärt werden. Andere linke und linksliberale Gruppen und deren Mitglieder, die an der Uni Hamburg mit dem BAE aufmerksamkeitsökonomisch konkurrieren, unterliegen dem grundsätzlichen Problem des Capitalist Realism: dass sie der als belastend wahrgenommenen gesellschaftlichen Struktur einerseits extrem machtlos und handlungsunfähig gegenüberstehen, dies aber irgendwie verklären müssen, sodass sie Selbstwirksamkeit empfinden und vor allem ausstrahlen. Die Selbstwirksamkeit, die das BAE ausstrahlt, ist dabei Bedrohung aufgrund der aufmerksamkeitsökonomischen Konkurrenz, in der mensch sich befindet. Außerdem trifft der auf Außenstehende unerklärliche „Erfolg“¹ des BAE auf autoritäre Charakterstrukturen, die diesen, weil sie ihn nicht verstehen können, als Unheimliches und Unerklärliches prinzipiell bekämpfen.

¹ Gemeint ist nicht ein objektivierbarer Erfolg im Sinne gesellschaftlichen Fortschritts, sondern Erfolg im aufmerksamkeitsökonomischen Sinne: Das BAE ist bekannt, findet manchmal Gehör und relativ oft neue Mitstreiter*innen; außerdem bleiben die Mitglieder im Verhältnis zu anderen Gruppen recht lange.

Dabei ist der „Erfolg“ des BAE leicht zu erklären: Die innere Stabilität, die durch eine sich selbst reproduzierende und aufgrund ihrer Selbstreferentialität universell anwendbare Ideologie der „Haltung“ entsteht, haben wir hinlänglich beschrieben. Warum diese Organisationsform auch auf Ebene der einzelnen Individuen psychisch (weitgehend) nachhaltig ist, lässt sich sehr leicht ebenfalls mit der Zirkularität der Haltungsideologie begründen, die einen sehr einfachen moralischen Kompass liefert und, aufgrund der weitgehenden Beliebigkeit in der Interpretation der prekären Realität, subjektive Erfolgserlebnisse aus dem Nichts generieren kann. Der äußere Erfolg lässt sich durch die verschwommenen Grenzen in Richtung des Organisationskerns begründen, die den moralischen Kompass der Haltungsideologie sehr leicht zur Verfügung stellen kann und Neue leicht inkludiert. Gleichzeitig ist die BAE-Ideologie sehr anschlussfähig an linksliberale, staatstragende Subjekte, die sich in ihrem idealistischen Glauben an die Kraft des besseren Arguments (und "Gewaltfreiheit") bestätigt sehen – oder der Opportunismus der Praxis führt das BAE an die Ideologie derer ran, die an der Uni sonst wenig Organisierungsmöglichkeiten haben (zu nennen wären hier insbesondere das Appeasement an Coronarelativierung² und „Friedensbewegte“ in den letzten Jahren). Zuletzt wirkt der Zweckoptimismus des BAE teilweise attraktiv auf resignierte Linke und Liberale aller Strömungen, weil die Haltungsideologie als Überzeugtheit und Tatkraft rüberkommt.

Die Anti-BAE-Ideologie, die sich über die Jahrzehnte herausgebildet hat, ist mit der berechtigten Kritik kaum noch verbunden. Sie versucht im Wesentlichen, den unheimlichen und unerklärlichen "Erfolg" des BAE antikommunistisch zu deuten. Die autoritäre innere Struktur des BAE, deren Akzeptanz durch die einfachen Mitglieder nicht erklärt werden kann, wird daher als quasireligiöser „Sekten“kult dargestellt, deren Guru die Anderen systematischer Gehirnwäsche unterzöge. Der Erfolg in der Agitation kann ebenfalls nur als Gehirnwäsche erklärt werden. Aus der berechtigten Empfindung, dass das Auftreten des BAE übergriffig ist, wird falsch abgeleitet, dass das BAE prinzipiell und intentional menschenfeindlich sei.

Das legitimiert eine Bekämpfung des BAE, als ob diese ein antifaschistischer Kampf sei, und rechtfertigt Ausschlüsse und Blockaden an Stellen, an denen die eigene Praxis bzw. Organisation durch das BAE eigentlich gar nicht eingeschränkt wird. Diese unmittelbare Vergeudung politischer Zeit ist nicht nur in sich problematisch, sondern potenziert sich dadurch, dass sie identitätsstiftend innerhalb politischer Zusammenhänge wirkt, denen ansonsten die materielle und ideelle Grundlage für gemeinsame Organisation fehlen würde. Lauter gescheiterte Projekte der Anti-BAE-Querfront, in denen Leute nach dem „Sieg“ über das BAE dachten, genug Mitstreiter*innen auch für konstruktive Anliegen zu haben, enttäuscht wurden und massiv weitere politische Zeit verschwendet haben, sind Ausweis dieser falschen Identitätsstiftung. Zu nennen wäre hier beispielsweise das Aufblitzen und fast sofortige Wiederabtauchen des Geschichts-FSR nach der Abwahl des BAE 2018 genauso wie der Zerfall des AStA-Vorstands, nachdem das BAE die

² Ein weiterer Grund für die "Coronaleugnung light" liegt in der oben beschriebenen Tendenz zur zweckorientierten Umdeutung der Realität, hier insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses von politischer und epidemiologischer Relevanz der eigenen Praxis: Weil Maßnahmen zur Eindämmung von Corona die eigene Praxis behindern bzw. lähmen würden wird die Gefahr durch die Pandemie einfach verdrängt/verleugnet.

haushalterische Leichtfertigkeit bei der überstürzten Organisierung des CampusOpenair 2018 als gefundenes Fressen entdeckt hatte³.

Die identitäre Abgrenzung gegenüber dem BAE ist außerdem auch hinderlich, wenn mensch Linke in der Peripherie des BAE in die eigene Arbeit einbeziehen möchte, die von der ideologisch motivierten Feindlichkeit aber abgeschreckt werden. Für das BAE selbst ist die identitäre Bekämpfung von außen wiederum identitätsstiftend: Die Umdeutung der Realität, damit diese als Legitimationsgrundlage instrumentalisiert werden kann, hat zu einer ideologischen Figur geführt, die die Analyse des Antikommunismus umdreht: Statt aus der bürgerlichen Ordnung zu schlussfolgern, dass (gute) Kommunist*innen bekämpft werden, folgert das BAE aus der Bekämpfung, die es erfährt, dass es aus guten Kommunist*innen bestehen müsse.

Wir hoffen, mit dieser Kritik am BAE wie auch an der Anti-BAE-Ideologie die Mythen über die jeweils anderen, die sich ständig gegenseitig reproduzieren, zu durchbrechen, und dass sich langfristig ein Umgang mit dem BAE etablieren kann, der das BAE als die ganz „normale“ obskure politische Formation anerkennen kann, die es ist.

4.2. Das studentische Milieu im Spätkapitalismus

Fangen wir mit unserer zeitlich ersten und globalsten, aber für viele von uns auch besonders schmerzvollen Feststellung an:

Anders als wir es selbst einst unhinterfragt übernommen hatten, gibt es keine begründete Hoffnung auf ein Wiederaufflammen revolutionärer Kämpfe an Universitäten, wie sie in einem kurzem Zeitfenster Ende der 60er Jahre möglich waren. Sind die Widersprüche zwischen revolutionärem Anspruch und der ernüchternden Wirklichkeit im kapitalistischen Universitätswesen auch so groß wie nie zuvor, gibt das insgesamt wachsende Elend im Studierendenmilieu keinen Anlass für Optimismus. So hat auch die systemische Konterrevolution auf die Revolte von 68 - der Neoliberalismus - keinen Halt vor den Universitäten gemacht und die "reflexive Ohnmacht" (Mark Fisher) der Studierenden weiter verstärkt und verstetigt. Trotz alledem bleiben Universitäten Orte, an denen gesellschaftliche Errungenschaften und Utopien am Leben erhalten, reflektiert und neu entwickelt werden - Gründe, weshalb die Linke auch in Zukunft das universitäre Kampffeld nicht aufgeben sollten.

Die Zerstörung des Mythos der Studierenden als revolutionäres Subjekt durch die Situationistische Internationale in den 60ern wurde paradoxerweise zu einem Auslöser der studentischen Revolte als Teil der "Revolution der Freiheit". Die besonderen Bedingungen der 68er Revolution, die nur einem Mythos nach eine "Revolution der Studierenden" gewesen ist, sind anderswo bereits einleuchtend reflektiert worden. Die Thesen der SI bleiben und einige haben sich unserer Meinung nach

³ Kurz zusammengefasst: Der AStA hatte den Widerspruch zwischen dem unbedingten Willen, als erstes gemeinsames Projekt nach seiner Wahl ein großes Festival zu veranstalten, und einem fehlenden Haushalt, mit dem das Parlament das erlaubt, so aufgelöst, dass einfach extrem viel haushalterisch rumgetrickst wurde. Über die Kontrollgremien, in denen der AStA teilweise keine Mehrheit hatte, konnte das BAE daraufhin Druck auf den AStA ausüben, insbesondere auf die Vorstandsmitglieder, die im Falle einer juristischen Auseinandersetzung persönlich belangt hätten werden können. (Auch) infolgedessen gab es in den darauffolgenden Jahren eine extreme Fluktuation auf der Position der Finanzreferent*in, die mindestens sechsmal ausgetauscht wurde (die genaue Anzahl konnten wir nicht mehr rekonstruieren).

historisch bewiesen. So ist studentische Armut ein historisches Kontinuum, das seit jeher eine bedeutende Funktion erfüllt: Das Studium ist kein Selbstzweck, sondern soll als eine besondere Chance und eine freundliche Geste auf Kosten der Gesellschaft aufgegriffen werden, die einem später höherqualifizierte und besser bezahlte Posten ermöglichen soll. Es handelt sich also um eine zugespitzte Variante dessen, was ideologisch in dem Ausdruck "Lehrjahre sind keine Herrenjahre" gefasst ist.

Nur die in dieser Ideologie in Aussicht gestellte Zukunft - eine Tür in die gesellschaftliche Oberschicht - ermöglicht es, dass studentische Armut in Form des Bohemien-Lifestyles sogar zelebriert wird. Die dabei augenscheinliche Selbstständigkeit der Studierenden wurde durch die SI im Wesentlichen als eine Abhängigkeit staatlicher Vorgaben entlarvt, die die Abhängigkeit von den Eltern lediglich ersetzt hat. Der Ausdruck "Wer mit 20 Jahren kein Kommunist ist, hat kein Herz. Wer mit 40 noch Kommunist ist, hat keinen Verstand" ist nur die empirische, aber ideologisch verklärte Beobachtung dessen, was während der Subjektivierung der Studierenden passiert: Die Nähe zur Subkultur und damit bestimmter radikaler Ansichten ist ein Ausdruck des zeitlich-limitierten Lebens als vermeintliche Bohème. Der tatsächliche Organisationsgrad der Studierenden ist heute niedriger als in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die allgemeine, dem kapitalistischen Universitätswesen inhärente, studentische Subjektivierung wurde seit dem Veröffentlichungsdatums der Thesen der SI strukturell zementiert. Das studentische Leben wird durch die Bachelor/Master-Reform und die Einführung der Regelstudienzeit zu einer Zeit des bloßen Selbst-Einhämmerns von Wissen. Die Massenuniversität dient nicht wie die traditionelle Universität der Reproduktion intellektueller Eliten, sondern in allererster Linie der Ausbildung von selbstdisziplinierten Verwaltungsidiot*innen, die, später mit Bullshitjobs ausgestattet, ihr Leben lang in der staatlichen oder privatwirtschaftlichen Verwaltung arbeiten. Gedacht oder verstanden-werden muss an den deutschen Universitäten nur noch, wenn ein höherer wissenschaftlicher Abschluss angestrebt wird, ansonsten ersetzt die Übernahme kapitalistischer Normen und Softskills den Inhalt des Studiums.

Wir haben während unserer aktiven Zeit an der UHH erlebt, wie unter Covid-Bedingungen viele Studis ihre Jobs verloren haben, wie sich das psychische Leiden vieler qualitativ von Klausurenangst zu Depressionen gesteigert hat, wie Anforderungen an Studierende aufrechterhalten worden sind, während sich die Lern-Verhältnisse immer mehr verschlechterten. Doch Bündnisse, die versuchten diese Missstände zu adressieren, wie etwa das Solidarsemester-Bündnis in Hamburg, blieben klein. Was ist da also los, warum passiert so wenig? Einen Anteil hat sicher die durch die SI beschriebene Subjektivierung und die soziale Isolation in pandemischen Zeiten, aber unser Hebel ist nun mal nur die politische Organisation und Praxis. Diese findet seit Jahrzehnten im festgesteckten Rahmen sogenannter Hochschulgruppen statt, wie wir auch eine waren. Hochschulgruppen, deren Kampffeld in allererster Linie die institutionellen Organe der Uni sind. Gewählte Organe, die einst Kompromisse im Kampf um die Demokratisierung waren und heute vor allem Abnick-Gremien für das Universitätsmanagement sind. Insbesondere die studentischen Gremien, das Studierendenparlament und den AStA haben wir weiter oben als Orte von Auseinandersetzungen beschrieben. Die Wahlbeteiligung der Studis für diese Gremien ist seit Jahren gering (um 15%). Was von Rechts gerne zur Delegitimation dieser Wahlen genutzt wird, sollte uns auch Sorgen machen: Es findet eine weitgehende Entkopplung studentischer Politik von der Basis der Studierenden statt.

Hier lässt sich wunderbar auf die Theorie von Johannes Agnoli rekurren. Seine Annahme in der Schrift *Transformation der Demokratie*: Organisationen innerhalb des kapitalistischen Staates (bei Agnoli insbesondere Parteien, Gewerkschaften usw.) passen sich den Anforderungen des Staates an. Forderungen, die eigene Organisationsstruktur und Praxis nehmen Formen an, die den Staat stabilisieren und die eigene Rolle in diesem festigen. Sie entwickeln dabei ein spezifisches Eigenleben und gleichen sich immer mehr aneinander an, ein autoritärer Staat entsteht. Wir meinen, dass das genauso auf die Hochschulpolitik zutrifft.

4.2.1. Die Transformation der Hochschuldemokratie

Viele studentische Gruppen sind zwar bereits als parteinahe Gruppen gegründet worden, haben ihren Ursprung aber in der Zeit der Demokratisierung der deutschen Universitäten. Die linken Gruppen wie der SDS und die Jusos sind dabei mit radikalen Programmen gestartet: Lehre sollte demokratisiert, die Uni Ort der Emanzipation und der Revolution werden. Sie gingen den Marsch durch die Institutionen und sind heute etablierte Kräfte mit ideologischen Forderungen. Die Praxis verändert sich nach den Spielregeln der universitären Gremien, wie sie durch das Verwaltungsrecht und Hochschulgesetz vorgegeben werden: Politische Forderungen werden im Rahmen von Antragsverfahren gestellt und abgestimmt, mensch beteiligt sich an allerhand Gremien, die verschiedene Unterbereiche der Universität behandeln, die Basis der Studierenden wird nur noch zur jährlichen Wahl relevant und mit allerhand Werbematerial agitiert. Denn es geht um etwas: Den Erhalt der (Ohn)macht. Der Erfolg bei Wahlen ist aus mehreren Gründen relevant: Hochschulgruppen mit Partei-Nähe erhalten Gelder aus Partei-Kassen, das gute Abschneiden bei Wahlen sichert diese Bezüge und den Parteien entsprechende Öffentlichkeit an den Universitäten. Gleichzeitig ist die Verfasste Studierendenschaft mit Geldern ausgestattet, die bezahlte Posten und die Finanzierung von Projekten ermöglicht.

Der AStA-Wechsel an der UHH vom Links-Grünen-AStA auf einen Querfront-AStA mit Unterstützung von Unicorns über die Jusos bis zum RCDS 2018 hat eine neue Stufe innerhalb der Transformation der Hochschuldemokratie bedeutet: Die Bündnisbildung findet nicht mehr anhand politischer Trennungslinien statt, sondern innerhalb des Spektrums von Hochschulgruppen, die begriffen haben, dass die Stabilisierung der eigenen Machtposition durch die Angleichung der eigenen Organisation an die Institution realisiert wird. Ein Ausdruck dessen ist, dass Hochschulgruppen des AStA-Bündnisses heute ihre eigene Wahlwerbungs-Veranstaltung aus Geldern des AStA finanzieren und als Kooperationsveranstaltung des Gremiums mit den Gruppen beworben werden. Das ist so auch möglich, weil es eben die Entkopplung der Basis gibt und sich die staatlich-kapitalistischen Aufsichtsstrukturen (Verwaltungsgerichte) nicht für die autoritäre Zuspitzung der Verfassten Studierendenschaft interessieren. Solange die Studierendenschaft entpolitisiert ist, genügt dann auch die Simulation von Politik durch den AStA (Veranstaltungen vor der Wahl, Pressemitteilungen und Auftritte in Akademischen Gremien) zur Wiederwahl. Das Personal wechselt zwar, weil die Parteien bürgerlicher Parlamente aus dem Personal der Hochschulgruppen rekrutieren, da sie hier die nötigen Softskills erlernen (Umgang mit Geschäftsordnungen, Anträgen, parlamentarische Debatten, Machtkalkül und Taktik etc.), aber die Entwicklung bleibt dieselbe.

Wir haben oben gezeigt, dass wir aus der Hochschulpolitik-Selbstbespaßung ausbrechen wollten und haben immer geringere Anteile unserer politischen Zeit für die Verfasste Studierendenschaft aufgewendet. Dabei haben wir verschiedene Erfahrungen gesammelt, die wir hier reflektieren wollen:

a) Raus aus den Gremien, rein in die Kämpfe

Es entstehen immer neue Konflikte in der Universität. In dieser Zeit, die durch den Klassenkampf von Oben dominiert wird, handelt es sich insbesondere um Verteidigungskämpfe historischer Errungenschaften. Wichtiger als die Etablierung in den Gremienstrukturen ist die Vernetzung innerhalb der Studierendenschaft, um diese Konflikte frühzeitig zu erkennen und sich dafür organisieren zu können. Die Konflikte sind häufig fach- oder fakultätsspezifisch, in Hamburg z.B. die Einführung von Studieneingangstest-Gebühren in der Medizin, Der Wegfall des Studiengangs Kriminologie, die fehlende Finanzierung der Psychotherapeut*innen-Ausbildung, haben dafür aber einen direkten materiellen Bezug für die Studis und mobilisieren spontan, aber leider häufig auch nur kurzfristig. Trotzdem konnten so Verteidigungskämpfe gewonnen oder zumindest Teilerrungenschaften erreicht werden.

Andere Kämpfe versuchten auch neue Fortschritte zu erzielen, so u.a. die Initiative für den Studentischen Tarifvertrag TVStud, die die langfristige Organisation von Studierenden in der Gewerkschaft forciert und in Hamburg damit auch durchaus erfolgreich ist (wenn auch die von Agnoli beschriebenen Mechanismen für diese Organisation ebenfalls eine Gefahr darstellen). Wieder andere griffen historische Kämpfe anderer Studierender auf. So die Proteste zum Uni-Jubiläum, die sich an diese anschlossen, die seit den 60er Jahren das ideologische Bild der aufgeklärten Universität gegen das reale einer kapitalistischen Kolonial-Institution ersetzen wollten, um die wirklichen Grundlagen für eine fortschrittliche Universität zu erreichen.

b) Sollten Gremien wirklich den autoritären Kräften überlassen werden? Innerparlamentarische außerparlamentarische Opposition als Strategie

Wenn wir die Kämpfe zu allererst als außerparlamentarische Kämpfe verstehen, stellt sich die Frage, wie wir mit weiterhin existierenden Gremien umgehen, automatisch. Es gibt bei uns keine einheitliche Meinung hierzu, die faktische Praxis in den letzten Jahren, kann aber durchaus eine interessante Strategie für andere undogmatische Studierenden-Gruppen an Universitäten sein: Wir blieben in den Gremien, zumindest in denen der Akademischen Selbstverwaltung, stellten jedoch unsere Arbeitsweise darin vom Kopf auf die Füße. Wir beteiligten uns nicht mehr "konstruktiv" an den Debatten, die wir zuvor als Politspektakel ohne Veränderungsperspektive analysierten. Wir intervenierten in einige Diskussionen, wenn die Professor*innen oder das Präsidium einmal mehr ihre autoritären Tendenzen offenlegten. Wir nutzten vor allem die parlamentarischen Rechte, um Informationen zu erhalten und Fragen der studentischen Bewegungen in die Gremien zu tragen. Wir hörten aber auch zu, um die Hegemonie in Konflikten einschätzen zu können. Ein Weg um sich in Widersprüchen zu bewegen und sich nicht von diesen einseitig befreien zu wollen, den wir in Anlehnung an die APO retrospektiv als innerparlamentarische außerparlamentarische Opposition bezeichnen. Ein interessantes Beispiel sind sicher die Proteste um die Rückkehr des AfD-Gründers Bernd Lucke im Jahr 2019. Nur die Informationen aus der akademischen Selbstverwaltung ermöglichten dem Protest sich antizipativ auf Maßnahmen der Polizei einzustellen. Gleichzeitig war

die Hegemonie-Einschätzung auch aus den Debatten in den Gremien gespeist: Klang es noch in der veröffentlichten Meinung so, als würde die ganze Universität hinter Luckes Rückkehr stehen, wurde in den Gremien deutlich, dass die Uni damit nur ihrer Fürsorgepflicht nachgeht und die einzelnen Akteur*innen sowohl das Präsidium als auch die Professor*innen Luckes Praxis der Selbstinszenierung längst durchschaut hatten und sich durchaus (ungeäußerte) Unterstützung des Protests vermuten ließ.

c) Kleine Aktionen, große Wirkung - Braucht es für jede Auseinandersetzung die studentische Massenbewegung?

Bestimmte Aktionsformen wie der Streik von TVStud oder die Protestkundgebungen zum Solidarsemester sind darauf angewiesen, dass sich viele Betroffene beteiligen. Dass das an Universitäten aus oben genannten Gründen häufig nicht klappt, hat uns häufig frustriert, aber auch unsere Auseinandersetzungsformen diversifiziert. Die außerparlamentarische Opposition bietet insbesondere Aktionsformen im Bereich des Ungehorsams, die auch Beteiligung Weniger einen großen Effekt erzielen können. Dafür ist aber eine genaue Hegemonie-Einschätzung relevant. Insbesondere dann, wenn eine große Menge der Studierenden oder auch anderer Mitgliedergruppen die Entwicklung oder Position/Person, gegen die mensch aktiv wird, auch ablehnen oder die eigenen Forderungen teilen, können kleine Aktionen große Wirkungen haben. So zum Beispiel geschehen bei einer Vorlesung im Rahmen des Uni-Jubiläums, bei der die SS-Vergangenheit des Biologen Curt Kosswigs ausgeklammert wurde und bei der vorbereitete kritische Fragen zu einer hitzigen Diskussion führten, die auch in einem kritischen Austausch mit der Arbeitsstelle Universitätsgeschichte endeten. Das aktuellste Beispiel für diese Art von Aktionen an der UHH sind sicherlich die Mensa-Preis-Boykotte, bei denen eine Gruppe von Studierenden durch die "Plünderung der Mensa" mit Unterstützung der zahlenden Kommiliton*innen einen massiven Druck auf den Mensa-Betreiber (das Studierendenwerk) ausübt: Einerseits wird die Aktion verurteilt, aber sie kann gleichzeitig nicht belangt werden, weil die Kriminalisierung wohl größere Proteste nach sich ziehen würde. Nach unserem aktuellen Kenntnisstand ist der Druck groß genug, dass das Uni-Präsidium und der Mensa-Betreiber Gespräche mit den beteiligten Studierenden angeboten haben.

d) Abseits des Spektakels: Was die Verfasste Studierendenschaft sein könnte.

Und zu guter Letzt sind wir der Auffassung, dass, auch wenn die strukturellen Voraussetzungen einen AStA begünstigen, der sich an der Transformation der Hochschuldemokratie beteiligt, dies kein Automatismus ist. Sollten also Studis den Weg in die Hochschulpolitik finden, die das Spektakel theoretisch durchschauen und praktisch in ihren Strukturen verunmöglichen, könnte es auch einen AStA geben, der eine unterstützende Rolle für die außerparlamentarische Opposition an Universitäten einnimmt, d.h. Studibewegungen materiell zu unterstützen, Infrastruktur zu stellen, die eigene Öffentlichkeit für die Bewegungen zu nutzen und Druck von außen von der Bewegung auf sich abzulenken, also Verantwortung zu übernehmen.

4.3. Warum Angestelltenklasse?

Ab Herbst 2020 und führte CG eine Strategiedebatte, mit der wir davon wegkommen wollten, dass wir Kämpfe nur reaktiv führen und zukünftige Auseinandersetzungen schlecht antizipieren können. Strategiebildung verstehen wir als Erwerb der Fähigkeit als Gruppe, situativ gegebene Möglichkeiten, die einen Beitrag zur Transformation des gegenwärtigen Kapitalismus in Richtung unserer kommunistischen Utopie leisten, erkennen und nutzen zu können. Dies erfordert die Konzeption einer Theorie der Gesellschaft, die diese möglichst zutreffend beschreibt, und einer Utopie, die deren fundamentale Probleme aufheben kann.

Für uns stellt sich die Frage, warum ein Großteil der Theoriebildung des Marxismus, dessen Erkenntnisinteresse genauso beschrieben werden könnte, trotzdem strategisch ziemlich ratlos wirkt. Unserer Auffassung nach liegt das theoretische Versäumnis darin, fundamentale Veränderungen des Kapitalismus in seiner fordistischen⁴ Phase nicht nachvollzogen zu haben.

Im Zentrum unserer Kritik steht die Behauptung, dass es eine "Angestelltenklasse" gibt, die sich in ihrer Funktion innerhalb des Kapitalismus und der Logik ihrer Arbeit nach fundamental; sowie in ihrer geringeren ökonomischen Prekarität tendenziell von der Arbeiter*innenklasse unterscheidet.

Das ist keine Erfindung unsererseits, wir beziehen uns auf eine Tradition, die mit Kracauers „die Angestellten“ (1930) beginnt. Diese versuchen wir im Rahmen des noch laufenden studentischen Forschungsprojekts „Arbeits(un)sinn an der Universität Hamburg“⁵, fortzuführen und deren Zwischenstand wir hier abbilden wollen. Weitere theoretische Inspiration haben wir aus Graebers „Bullshitjobs“ (2018) und dem „Marktstalinismus“-Kapitel in „Capitalist Realism“ (Fisher 2013, S. 49ff).

Als Arbeitsdefinition für die Angestelltenklasse beginnen wir mit der von Ehrenreich & Ehrenreich (1979 [1977]) zur "political-managerial class" gelieferten:

"[...] The PMC is made up of "salaried mental workers who do not own the means of production and whose major function in the social division of labor may be described broadly as the reproduction of capitalist culture and capitalist class relations."" (zitiert nach Liu, 2021, S. 5)

Es gibt verschiedene Gründe, warum der Kapitalismus in seiner fordistischen Phase die Angestelltenklasse von einer gesellschaftlich marginalen Gruppe zur heutigen Größe aufgebläht hat⁶. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wären zu nennen unter anderem die Komplexierung von Produktionsprozessen, die zu einem erhöhten Planungsbedarf geführt hat (Management), der Institutionalisierung von Klassenkämpfen, die ihre je eigenen Bürokratien (z.B. Gewerkschaften,

⁴ Fordismus ist ein Begriff aus der Regulationstheorie und beschreibt die Phase des Kapitalismus, deren Beginn in der Zeit der Anti-Trust-Gesetzgebung, der Einführung der Fließbandproduktion, der Durchsetzung des 8-Stunden-Tages und des New Deal (1900-1930) verortet wird und mit der Neoliberalen Wende nach den Ölkrisen zu Ende geht.

⁵ Zur Klarstellung: Die Arbeit an der Angestelltenklassentheorie ist EIN und nicht DAS Projekt in der Forschungsgruppe.

⁶ Der Sprachgebrauch suggeriert hier teilweise planende Akteur*innen, die z.B. aktiv die Angestelltenklasse vergrößern. Wir meinen damit aber in Anlehnung an die Regulationstheorie, dass unterschiedliche Entwicklungstendenzen und unterschiedliche konkrete Akteur*innen zu jeder Zeit neue, widersprüchliche gesellschaftliche Praxen herausbilden, von denen sich langfristig diejenigen durchsetzen, die zu bestehenden Strukturen und anderen sich herausbildenden Prozessen besonders gut „passen“. Sozusagen eine Evolutionstheorie gesellschaftlicher Praktiken, die der Möglichkeit koevolutionärer Prozesse Rechnung trägt.

Parlamente, Sozialversicherungen) erfordern, der Finanzialisierung, die die Möglichkeiten für Rentenabschöpfung ausgeweitet hat (Banken, Versicherungen) und der ideologisch-organisatorischen Untermauerung kapitalistischer Herrschaft, die zur Herausbildung bzw. Erweiterung (ideologischer) Staatsapparate (z.B. Bildungsinstitutionen, Polizei) geführt hat.

Für die weitere Analyse besonders relevant ist außerdem Marx Begriff des „automatischen Subjekts“ bzw. der Tatsache, dass mensch ihn analog auch auf nicht-kapitalförmige gesellschaftliche Macht anwenden kann. Das betrifft unter anderem die Tendenz politischer/bürokratischer Macht, sich selbst zu reproduzieren und auszuweiten, die dadurch wirksam wird, dass die entsprechenden Akteur*innen ein (materielles) Eigeninteresse an der Reproduktion haben, also selbst davon abhängig sind bzw. davon profitieren.

Staaten führen Kriege beispielsweise nicht vor allem, weil das nationale Kapital das will, sondern, weil das die Relevanz des Staates selbst, seiner Repräsentant*innen und innerhalb dieser Repräsentant*innen vor allem die der Kriegstreiber*innen erhöht.

Dieselbe Akkumulationslogik politisch-bürokratischer Macht führt zur Selbstentfaltungstendenz bürokratischer Strukturen, die mensch vorübergehend „Surplus-Bürokratisierung“ (also über das durch die Veränderung der Produktionsprozesse notwendige Maß hinaus) nennen könnte. Sie betrifft alle Bereiche, in denen die Angestelltenklasse bereits angestellt ist und erschafft zudem eigene ganz neu. Die zusätzliche Arbeit, die dabei „notwendig“ wird, ist dabei zum einen auf die weitere Machtakkumulation bzw. den -erhalt gerichtet – beispielsweise die lobbyistischen Mühen, die für die Finanzierung weiterer Stellen in der eigenen Abteilung aufgewandt werden, oder die PR-Beratung für die Politiker*in, um deren Chance im Wahlkampf zu verbessern. Zum weiteren ist die Legitimationsgrundlage der eigenen Arbeit immer prekär, weil der Verdacht, nur eine Surplus-Bürokrat*in zu sein, omnipräsent ist, und erfordert daher konstante Aufwendungen für ihre eigene Legitimation – beispielsweise, wenn mensch eine zusätzliche Mail an die Vorgesetzte*n über den eigenen Arbeitsfortschritt verfasst, weil mensch unbewusst den (berechtigten) Verdacht hat, dass dieser sonst gar nicht auffallen würde, ob mensch gearbeitet hat.

Gerade im (institutionalisierten) Wechselspiel mit anderen, ähnlich strukturierten Akteur*innen entsteht das, was von Graeber zutreffend als „Bullshittisierung“ bezeichnet wird. Aus der Perspektive einer Wissenschaftler*in vor 100 Jahren muss das heutige Drittmittelwesen völlig bizarr wirken: Hierbei versucht eine Forscher*in, die eigene Arbeit erneut zu legitimieren vor jenen, von deren finanziellen Zuwendung sie abhängig ist. Die Institution, die die Drittmittel verwaltet und verteilt, muss ebenfalls ihre eigene Legitimität reproduzieren (die Mittel könnten ansonsten ja auch auf unbürokratischeren Wegen in Forschung investiert werden) und stellt immer neue, elaboriertere Antragsverfahren auf, die sie als einzig würdige Akteur*in für die Verteilung der Mittel ausweist. Die Fakultäts- bzw. Universitätsverwaltung wiederum reproduziert ihre eigene Legitimität dadurch, dass „ihre“ Wissenschaftler*innen besonders erfolgreich (bei der Einwerbung von Drittmitteln) sind, und stellt der Antragsteller*in daher eine Drittmittelmanager*in zur Seite, die den Antrag optimieren soll, beispielsweise indem Buzzwords wie „dynamisch“ und „nachhaltig“⁷ eingebaut werden.

⁷ Das ist keine Satire.

Wie wir in Fußnote sechs beschrieben haben, ergibt sich die Unterscheidung zwischen möglichen und notwendigen gesellschaftlichen Entwicklungen dadurch, inwiefern sich diese als kompatibel mit bzw. funktional für die sonstigen gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen erweisen. Im Folgenden wollen wir also darlegen, inwiefern die Herausbildung der Angestelltenklasse im Allgemeinen und die Surplus-Bürokratisierung im Besonderen funktional für den Kapitalismus als Ensemble aller gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhänge ist.

Graeber merkt zurecht die Tatsache an, dass Arbeit passivierend wirkt, das heißt, dass Surplus-Bürokratisierung historisch ein für die Aufrechterhaltung der Verhältnisse sinnvolles Ventil für Produktivitätssteigerungen war, die seit der Einführung des 8-Stunden-Tages nach dem Ersten Weltkrieg kaum noch in Verringerungen der Arbeitszeit gemündet sind. Darüber hinaus lockert eine stärkere horizontale Differenzierung zwischen den Klassen den Antagonismus zwischen Herrschenden und Subalternen auf und erzeugt eine Gruppe, die bis zu einem gewissen Grad an der Herrschaft partizipiert bzw. zumindest von den größten Zumutungen des Beherrschtwerdens verschont bleibt. Diese Gruppe bleibt im Verhältnis zur Bourgeoisie prekär, wobei der potenzielle Verlust der relativen Privilegiertheit durch Nichterfüllen der materiellen und habituellen Rolle disziplinierend wirkt. Ein weiterer Disziplinierungseffekt ergibt sich im Verhältnis zur politischen Praxis: Dass „die Proletarier nichts zu verlieren [haben] als ihre Ketten“ (Marx & Engels 1848), ist für die Angestelltenklasse schlicht nicht zutreffend.

Eine weitergehende Arbeitsdefinition, die in der empirischen Zuordnung möglicherweise etwas weniger schwammig ist, wäre somit "Die proletarische Lohnarbeit reproduziert die Lebensbedingungen der Menschen, die Lohnarbeit der Angestelltenklasse reproduziert primär sich selbst und sekundär die Gesellschaftsordnung".

Unsere Aufgabe sehen wir im Moment darin, diese Theorie empirisch zu untermauern, und verschiedene existierende Gesellschaftstheorien ins Verhältnis zu unserer Behauptung einer Angestelltenklasse zu setzen. Damit wollen wir versuchen, Gesellschaft neu zu beschreiben, sie überwindende Utopien zu entwickeln und revolutionäre Möglichkeitsfenster zu identifizieren - also unsere Strategie auf theoretisch bessere Beine zu stellen.

4.4. Zur Bedeutung der Struktur und des Namens CampusGrün für unsere Praxis

Die Rolle, die CampusGrün als Struktur bzw. als Name für unsere politische Praxis gespielt hat, hatte schon immer mehrere, widersprüchliche Seiten: Zunächst waren wir durch die Verfasstheit von CG strukturell darauf festgelegt, uns zumindest in der einen oder anderen Art und Weise an der institutionalisierten Hochschulpolitik zu beteiligen. Die Teilnahme an den Wahlen zum StuPa und zum AS waren so ziemlich die einzige Bedingung der GRÜNEN Partei, um uns Geld zu geben.

Was den Namen betrifft, so war seine Bedeutung schon innerhalb dieses Rahmens der institutionalisierten HoPo widersprüchlich: Zum einen brachte es beträchtliche Vorteile bei Wahlen, auch wenn die erreichten Stimmen in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken sind. Das mag einerseits daran liegen, dass auch der weniger interessierten, aber noch wählenden Öffentlichkeit aufgefallen ist, dass unsere Positionen wenig damit zu tun haben, was mensch intuitiv von einer grünen Hochschulgruppe erwarten würde; zum anderen verloren wir einen Großteil unserer Wähler*innen an FFF, als diese als StuPa-Liste antraten.

Außerdem wurden wir durch unser Auftreten als CampusGrün mit seiner langen Geschichte und der verbreiteten Lesart als mehr oder weniger offizielle Parteistruktur bei politischen Debatten rund um die Universität verhältnismäßig ernst genommen, sei es von der Presse oder von universitären Akteur*innen. Trotz der genannten Vorteile, die die Struktur CampusGrün mit sich brachte, war auch innerhalb der HoPo unser Stand als einzige reale Opposition gegen den AStA - neben dem BAE - kein leichter. Von der einen Seite Kultivierungsversuche, von der anderen Denunziation. Während Ersteres v.a. nervig und zeitraubend war, spielte Zweiteres tatsächlich eine hindernde Rolle, auch für Praxis außerhalb der hochschulpolitischen Institutionen - s. 3.2.2. Aber auch gegenüber FSRen, von denen nur wenige weder dem AStA noch dem BAE nahestehen, stellte die weit verbreitete Erzählung, CG sei Teil des BAE, eine Hypothek dar, was sich beispielsweise auch bei dem Versuch zeigte, ein Solidarsemester-Bündnis auf die Beine zu stellen.

Außerhalb der Universität hinderte weniger die strukturelle Verfasstheit als Studierendengruppe, viel mehr das "grüne Label" als solches eine sinnvolle politische Praxis. Die oben beschriebene verhältnismäßig große "Seriosität" und Anerkennung, die der Name CampusGrün innerhalb des universitären Kontextes mit sich brachte, drehte sich gegenüber stadtweit organisierten linken Gruppen um: Berechtigterweise hatten diese wenig bis keine Lust, mit vermeintlichen Teilen der GRÜNEN zusammenzuarbeiten, weshalb oft langwierige Erklärungen von Nöten waren, welche allerdings oft auch nicht alle Vorbehalte vollständig beseitigen konnten.

4.5. Ein besserer Name als Garant für eine schlechtere Praxis?

Es wurde schon mehrfach dargelegt, dass die politische Organisation mit dem Namen CampusGrün oft die politische Arbeit und insbesondere die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen erschwerte, vor allem aufgrund der naheliegenden Assoziation mit den GRÜNEN. In gewisser Weise hatte es aber auch Vorteile, sich nicht hinter einem linksradikalen Label verstecken zu können, was hier nun kurz erläutert wird.

Aus der Individualisierung im Neoliberalismus wächst bei linksorientierten Subjekten nicht nur Vereinzelung und völlige Selbstverantwortung, sondern zusätzlich „die Herausforderung, sich für alles und jedes dann tatsächlich verantwortlich zu fühlen“ (s. Barbara 2022: *Die IL läuft Gefahr Geschichte geworden zu sein*, S. 41). Was folgt bzw. folgen kann, ist die Politisierung und Organisation aus moralischen Gründen. Jedoch begreift das neoliberale Subjekt die politische Gruppe nicht als Selbstzweck im Sinne kollektiver Handlungsfähigkeit, sondern als ergänzendes Projekt im Lebenslauf, als Plattform für Selbstinszenierung und als Ort der Gewissensbefriedigung.

Dabei reicht für die Inszenierung nach Außen, aber auch für sich selbst oftmals das kaschierte Angeben mit der radikal-klingenden politischen Gruppe oder den noch „krasser“ Aktionen. Dass bei so einer „Plattformorganisation“ oft nur leerer Aktionismus bei rauskommt, scheint dabei keine allzu große Rolle zu spielen.

Mit dem Namen CampusGrün war eine solche Performance-Möglichkeit nicht gegeben. Im Gegenteil: Statt damit prahlen zu können, war für uns die Nennung des Gruppennamens oftmals eher mit Scham verbunden als mit Stolz.

Diese Schamhaftigkeit brachte - zumindest unter Anbetracht des oben Beschriebenen - Gutes mit sich: Wir liefen dadurch weniger Gefahr unser kommunistisches Begehren durch äußere

Performance zu befrieden oder unsere Struktur als moralisches Schutzschild vor uns hertragen zu können. Als CampusGrün war unser Image eh im Eimer, weshalb wir den Akt der Selbstinszenierung in "spektakulären" Aktionen gleich bleiben lassen konnten und uns der Anspruch an eine wirklich wirksame Praxis wichtiger war.

4.6. Das HoPo-Spektakel

Der schon mehrfach erwähnte „Spektakelbegriff“ nach Guy Debord bietet für uns eine hilfreiche Analyse für den Zustand der Linken in Hamburg, aber auch generell in der BRD. Nach der Analyse Debords lässt sich die neoliberale spätkapitalistische Gesellschaft wie ein Theaterstück betrachten: verschiedene Akteur*innen inszenieren, durch die *gemeinsame* Performance ihrer Rollen, ein großes „Spektakel“. Bilder der Wirklichkeit haben die Wirklichkeit ersetzt. Es zählt nun mehr, was an der Oberfläche scheint, was repräsentiert wird, als die Realität darunter. In der gesellschaftlichen Linken zeigt sich dieses Phänomen in der zunehmenden Simulation von Protest. Dessen Inhalte und Forderungen stehen oft nicht mehr im Vordergrund; stattdessen gilt es als wichtiger, ein Bild des Protests zu schaffen und somit weiterhin die Rolle der (Schein-)Opposition darstellen zu können. Das Spektakel wird hier also zum Selbstzweck.

Auch Hochschulpolitik beteiligt sich am gesellschaftlichen Spektakel, wofür zwei Beispiele herhalten können:

Als der rechte Ideologe Bernd Lucke 2019 wieder an die Uni Hamburg kommen wollte, um eine Vorlesung über Makroökonomik zu geben, gelang es zunächst zahlreich und erfolgreich den dafür vorgesehenen Hörsaal zu besetzen und Luckes neoliberale und rechtspopulistische Propaganda zu verhindern. Als es dann jedoch in den folgenden Wochen darum ging diese langfristig zu bekämpfen, flachte der Protest schlagartig ab. Zu den wöchentlichen Kundgebungen, die wir als Gruppe organisierten, kamen nur noch wenige und irgendwann niemand mehr. Selbst die nachdrückliche Ansage der Unicorns bei der Nachbesprechung der ersten großen Aktion, den Gegenprotest zu unterstützen, blieb letzten Endes konsequenzlos. Es war das sehr medienwirksame Spektakel drumherum, nicht der eigentliche Sinn des Protests, um dessen Willen sich so viele Menschen hatten anfangs mobilisieren lassen.

Ein weiteres Beispiel des Uni-Spektakels ist die Jubiläumsfeier zum 100-jährigen Geburtstag der UHH im Jahr 2019 und die dagegen organisierten Proteste. Kurz gesagt: Um die spektakuläre Selbstinszenierung der Uni zu verhindern, störten wir als Gruppe mit Transpis und kritischen Flyern die Feier, während das BAE mit einem Kulturbeitrag und der AStA mit einer Rede am Jubiläums-Spektakel teilnahmen und die Unicorns ihre Gegenposition mit einem Pyrofoto - weit ab vom eigentlichen Geschehen - in Szene setzten. (Ausführlicher in Teil 3.2.1 "Abgrenzung zum BAE") Hier wird ein weiteres Mal deutlich, wie (Schein-)Opposition *dargestellt* wird, statt realen Widerstand zu leisten.

Natürlich sind nicht nur in der HoPo solche "Schein-Aktionen" Gang und Gebe. Trotzdem ist gerade jene sehr anfällig dafür, Schauplatz vom Spektakel zu werden, weil die HoPo schon an sich ein einziges Spektakel ist. Neben den vereinzelt politischen Aktionen am Campus, die - wie oben beschrieben - zu "Schein-Aktionen" und zur Perpetuierung eines Szene-Gemackeres werden, bestehen die Gremien der HoPo, aufgrund stetiger Neoliberalisierung derselben, inzwischen nur noch zum Zwecke einer Demokratie-*Repräsentation* (ausführlicher in Teil 4.2. "Das studentische

Milieu im Spätkapitalismus"). Gremien also, in denen sich das Spektakel freie Bahnen schlagen kann.